

Reaktivierung von
betrieblichen Ausbildungs-
potenzialen für
benachteiligte Jugendliche
im ländlichen Raum

ABSCHLUSSBERICHT

Inhalt

I. Projektplanung.....	3
1. Aufgabenstellung	3
2. Voraussetzungen	5
3. Planung und Ablauf des Vorhabens.....	5
4. Wissenschaftlicher und technischer Stand.....	5
5. Zusammenarbeit	6
II. Projektergebnisse	7
1. Übergang Schule - Beruf.....	7
Konzeptionsphase	7
Integriertes Konzept	9
Leitlinien	9
Kompetenzfeststellung und Fördermodule	10
Coaching	11
Praktika	11
Dokumentation	12
Bewertung	12
Ergebnisse in Zahlen.....	13
Fazit.....	16
2. Effektivierung der Berufsvorbereitung	18
Erprobung von Qualifizierungsbausteinen.....	18
Ausbildungsbausteine	19
Ergebnisse in Zahlen.....	20
3. Verbundausbildung	21
Übertragung und Flexibilisierung des Verbundkonzepts	21
Veränderung der Rahmenbedingungen	22
Ergebnisse in Zahlen.....	24
4. Vernetzung.....	24
5. Verwertung.....	26
6. Informationsmöglichkeiten für Nutzer.....	31
7. Einhaltung der Ausgaben- und Zeitplanung	32

I. Projektplanung

1. Aufgabenstellung

Das BQF-Programm zielte auf eine strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Benachteiligtenförderung. Damit war als zentrales Ziel verbunden, die Zahl derer, die bisher ohne beruflichen Abschluss blieben, erheblich zu senken. Im Innovationsbereich II zur Verbesserung der Trägerarbeit, Erschließung neuer Qualifizierungs- und Beschäftigungschancen und Reaktivierung der dualen betrieblichen Ausbildung wurde davon ausgegangen, dass eine durchgreifende Verbesserung der Berufs- und Beschäftigungschancen von Benachteiligten sich erst dann ergeben würde, wenn sich Ausbildungsbetriebe wieder stärker diesem Personenkreis zuwenden, also wieder in größerem Umfang Ausbildungsverträge mit Jugendlichen abschließen, die bisher noch allzu oft in eine so genannte Maßnahmekarriere mit geringen Beschäftigungschancen einmündeten. Es wurde als dringendes bildungspolitisches Anliegen betrachtet, Betriebe wieder stärker in die Ausbildung von Benachteiligten einzubinden. Für besonders erfolgreich gehalten wurden dabei Formen der dualen Berufsausbildung, bei denen die betriebliche Ausbildung mit einer unterstützenden, sozialpädagogisch ausgerichteten außerbetrieblichen Bildungsarbeit flexibel verknüpft wird. Solche Verbund-Ausbildungsmodelle der Zusammenarbeit von Betrieben und Bildungsträgern sollten so weiterentwickelt werden, dass sie ein wesentliches Strukturelement in der beruflichen Benachteiligtenförderung werden könnten.

Im Innovationsbereich III: Initiativen im Rahmen der Prävention stand die Frage im Mittelpunkt, wie schulumüde Jugendliche mit hohem Ausbildungsrisiko durch die Einbeziehung ausbildungs- und praxisorientierter Lernphase besser motiviert werden könnten, ihre Schullaufbahn erfolgreich abzuschließen und den Übergang in die Ausbildung zu schaffen. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Trägern der Jugendhilfe sowie mit Betrieben wurde dabei als ein Schlüssel zur Lösung des Problems betrachtet.

Vor dem Hintergrund der großen Schülerzahlen in der schulischen Berufsvorbereitung ging es in diesem Handlungsfeld auch um eine Überprüfung der Effizienz dieser Formen der Berufsvorbereitung. In Modellvorhaben sollte erprobt werden, wie in der schulischen Berufsvorbereitung durch verstärkte Einbeziehung von Praxiselementen bzw. eine intensivere Zusammenarbeit mit Betrieben und Trägereinrichtungen die Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher verbessert werden können.

Im Bereich der Strukturverbesserungen wurde davon ausgegangen, dass lokale/regionale Kooperationsnetzwerke auch in der Benachteiligtenförderung als wirkungsvolle Instrumente entwickelt werden müssen, um durch abgestimmtes Handeln der relevanten Akteure vor Ort Fördersynergien zu schaffen und damit eine Steigerung der Effizienz der Förderung zu bewirken. Im Rahmen des Programms sollten Erfahrungen hierzu gesammelt werden.

Zielsetzung des Modellversuchs „Kooperative Ausbildung im ländlichen Raum“ war es, Betriebe für die Ausbildung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf zu

gewinnen und zu qualifizieren. Dazu war neben der „aufsuchenden“ Überzeugungs- und Betreuungsarbeit der Betriebe die Entwicklung eines flexiblen Qualifizierungskonzepts erforderlich, das eine nach Inhalt und Umfang individuelle Förderung der Jugendlichen erlaubte. Erprobt werden sollten in diesem Modellversuch also einerseits verschiedene Strategien der Werbung und Begleitung von Betrieben, andererseits verschiedene Modelle der Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in und dem Absolvieren von betrieblicher oder kooperativer Ausbildung. Damit sollten verallgemeinerbare Erkenntnisse über Akquisitionsstrategien und über die Organisation und Finanzierung flexibler individueller Betreuungskonzepte gewonnen werden.

Auf der Basis der vorherigen Arbeiten, Erfahrungen und vorhandenen Strukturen sollte es darum gehen, für Jugendliche in sehr unterschiedlichen Lebenslagen, mit sehr unterschiedlichen Berufswünschen und Förderbedarfen einen passgenauen Ausbildungsplatz mit dem individuell notwendigen Maß an Förderung einzurichten. Zielgruppen waren Haupt- und Förderschüler/innen, Teilnehmer/innen von Berufsvorbereitungslehrgängen und Auszubildende in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Die Zielrichtung des Modellversuchs betraf die Innovationsbereiche II und III und gliederte sich dabei in drei Handlungsfelder. Im Bereich der Prävention sollten Schüler/innen unterstützt werden, ihr Berufswahlspektrum zu erweitern und eine ihren Neigungen, Lebensvorstellungen und Fähigkeiten entsprechende Berufswahl zu treffen. Die Feststellung von Interessen und Kompetenzen in den während der Schulzeit absolvierten Assessmentcentern, Fördermodulen und Beratungsgesprächen sollte helfen, in Abstimmung mit der Arbeitsagentur und den Ausbildungsplatzakquisiteur/innen der Wirtschaft passende Ausbildungsstellen zu finden. Bei ihren Bewerbungen sollten die Jugendlichen unterstützt werden durch Betriebsgespräche und - falls erforderlich - ausbildungsbegleitende Angebote an die Betriebe.

Neu zu entwickelnde flexible und individuelle Förderkonzepte, verbunden mit der Betriebs-Aktivierungskampagne, sollten dazu verhelfen, die Zwangsläufigkeit von Warteschleifen und Maßnahmekarrieren für schwache Hauptschüler/innen zu durchbrechen, indem früher, offensiver und zielgenauer die Vermittlung zwischen Förderbedarfen der Jugendlichen und wirtschaftlichen Interessen der Betrieben gesucht und geleistet wurde. Durch die Begleitung der Hauptschüler/innen beim Übergang von der Schule in den Beruf sollten die ausbildungsreifen Schüler/innen identifiziert werden. Durch ihre gezielte Unterstützung sollte die Zahl von unnötigen Berufsvorbereitungs- und BaE-Maßnahmen für diese Zielgruppe deutlich reduziert werden.

Auch für die Berufsvorbereitung sollten binnendifferenzierende Konzepte entwickelt und erprobt werden, denn die vereinheitlichende Unterrichtung von arbeitsmarktbenachteiligten aber ausbildungsreifen Jugendlichen und individuell und/oder sozial schwer beeinträchtigten Jugendlichen mit einem hohen Förderbedarf erbrachte weder pädagogisch noch bildungsökonomisch befriedigende Ergebnisse.

Auch in den BaE-Ausbildungen werden Jugendliche allzu oft nicht entsprechend ihren individuellen Möglichkeiten gefördert. Selbst relativ weit differenzierte Ausbildungskonzeptionen wie das Felsberger Verbundkonzept lassen noch

Effizienzreserven erkennen. Weiter individualisierte Verfahren sollten zu noch besseren – gerade auch wirtschaftlichen - Erfolgen führen.

2. Voraussetzungen

Die zentralen Voraussetzungen für die Projektarbeit waren die Ausweitung der Kooperation mit den umliegenden allgemein bildenden Schulen, der konzeptionelle und organisatorische Umbau der trügereigenen Berufsvorbereitungslehrgänge, die Kooperationsbereitschaft der Handwerkskammer, die Fortführung der Regelfinanzierungsinstrumente (Landesprogramm zur Beschäftigung und Qualifizierung und zur Ausbildung von Migrant/innen, BaE- und abH-Förderung).

3. Planung und Ablauf des Vorhabens

1. An den umliegenden Haupt- und Förderschulen sollten Angebote zur Berufsorientierung und Übergangsbegleitung eingerichtet und etabliert werden, um ausbildungsreifen Schuleabgänger/innen zu einer Ausbildungsstelle zu verhelfen.

2. Die Berufsvorbereitung in der Jugendwerkstatt sollte konzeptionell und organisatorisch umgebaut werden, um die Teilnehmer/innen früher und näher an Betriebe heranzuführen. Qualifizierungsbausteine und Ausbildungsbausteine sollten eingeführt werden, um die Verwertbarkeit der Berufsvorbereitung zu verbessern.

3. Eine Betriebsagentur sollte eingerichtet werden, die für die Akquisition von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen zuständig sein sollte, Partnerbetriebe und Teilnehmer/innen regelmäßig besuchen sollte, bei der Ermittlung von Lernerfolgen und Förderbedarfen mitwirken, in der Regelförderung nicht förderfähige Teilnehmer/innen stützen, Informationen und Ergebnisdokumentationen für Betriebe und Jugendliche gewährleisten, als Regiestelle notwendige Betriebswechsel von Jugendlichen organisieren und für die Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Einrichtung zuständig sein sollte.

4. Das Verbundkonzept sollte übertragen werden auf zwei andere Berufsbilder. Der Übergang von der außerbetrieblichen in betriebliche Ausbildung sollte nach dem individuellen Entwicklungsstand der Auszubildenden flexibilisiert werden.

Mit diesen Instrumentarien für drei Handlungsfelder sollten neue individuellere Wege der Förderung entwickelt und erprobt werden.

4. Wissenschaftlicher und technischer Stand

Das Handlungsfeld Übergang Schule - Beruf ist wissenschaftlich am weitesten bearbeitet. Über die Notwendigkeit der Verbesserung der schulischen Berufsorientierung und die Sinnhaftigkeit der Einführung von Übergangsmangement besteht in der wissenschaftlichen und fachpraktischen Debatte Einigkeit.

Breite Übereinstimmung herrscht auch in der Beurteilung der Berufsvorbereitung. Sie bedarf dringend der Verbesserung der Transparenz der Inhalte, gemeinsamer Qualitätsstandards und der Verbesserung der Verwertbarkeit, wenn sie von der Verwahrung zur nutzbringenden Qualifizierung werden soll.

Ausbildungsverbände von Bildungsträgern und Betrieben wurden Ende der neunziger Jahre in der Benachteiligtenförderung stark diskutiert. Die Wiedergewinnung des Lernorts Betrieb, die Redualisierung der Benachteiligtenförderung wurde in der praktischen wie der wissenschaftlichen Debatte als wichtiges Zukunftsthema bewertet.

5. Zusammenarbeit

In der Programmphase sollte mit allen anderen Modellvorhaben zum Thema Wiedergewinnung des Lernorts Betrieb in einer Entwicklungsplattform zusammengearbeitet werden. Verteilt auf drei Arbeitsgruppen sollten in dieser Plattform Newsletter, eine Praxishandreichung und bildungspolitische Empfehlungen erarbeitet werden.

In der Transferphase wurde neben der obligatorischen Kooperation im Rahmen der Transferplattform und mit den beiden Regiestellen und der wissenschaftlichen Programmbegleitung eine besonders enge Zusammenarbeit realisiert mit passage gGmbH Hamburg, der Handwerkskammer Potsdam, hiba Impulse GmbH, dem Nordverbund Hamburg, dem Schweriner Ausbildungszentrum und der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk.

II. Projektergebnisse

Das Projekt „Kooperative“ Ausbildung im ländlichen Raum war breit angelegt und erstreckte sich auf drei verschiedene Handlungsfelder der beruflichen Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher. An den verschiedenen Stationen der Bildungsbiografie benachteiligter Jugendlicher sollten neue Strategien der individuellen Förderung und Begleitung erprobt werden, um die Integration in Ausbildung und Arbeit zu verbessern. Im folgenden sollen die Ergebnisse in den drei Handlungsfeldern differenziert vorgestellt und bewertet werden.

1. Übergang Schule - Beruf

Konzeptionsphase

Die Projektkonzeptionen sahen vor, die vorhandenen Kontakte der Jugendwerkstatt Felsberg zu Schulen (eine Haupt-, eine Gesamt- und eine Lernhilfeschule) und zu einer Freizeiteinrichtung für Mädchen (Mädchentreff Felsberg) zu nutzen, um die Möglichkeiten eines erfolgreicherem Übergangs lernschwächerer Schüler/innen in Ausbildung durch gezielte Begleitung zu erproben. Es wurde eine Konzeption erarbeitet und in den folgenden Projektjahren gemeinsam mit den Schulen weiter entwickelt, die zum Ziel hatte, die Ausbildungsreife und die Vorbereitung der Schüler/innen auf den Eintritt in eine betriebliche Berufsausbildung zu verbessern.

Das Konzept beinhaltete zum einen die Strukturierung und Begleitung eines systematisch organisierten Prozesses von Berufsorientierung und Berufsfindung, zum anderen Strategien zur Aktivierung von Ausbildungspotenzialen in Betrieben und zur Anbahnung von Ausbildungsverhältnissen.

Diese Phase war geprägt von zahlreichen Gesprächen mit Lehrer/innen, Schulleiter/innen, Schulsozialarbeiter/innen, Schulkonferenzen, Schulamtsdirektor/innen, Betriebsleiter/innen und Ausbildungsberater/innen. Konzeptideen wurden vorgestellt und diskutiert und gemeinsam weiterentwickelt. Das Konzept musste auf die jeweilige Unterrichtplanung der Lehrer/innen abgestimmt werden, und die Unterrichtplanung der Schulen musste auf die unverrückbaren Eckpfeiler der neuen kooperativen Förderkonzeption (Einrichtung eines hauptfachfreien Unterrichtstages zur Verfügung für Berufsorientierung und als Praxistag in Betrieben) abgestimmt werden.

Tabelle: Idealtypischer Ablauf einer systematischen Berufsorientierung und Berufseinmündung

7. Klasse	8. Klasse	9. Klasse		10. Klasse	Ausbildung [◇]
<i>Probierwerkstätten (spielerisches Kennenlernen von Berufen)</i>		1. Halbjahr	2. Halbjahr	<i>(inhaltlich identisch mit Klasse 9, aber zeitlich flexibler)</i>	Betreuung der Schüler/-innen & Betriebe während des ersten Ausbildungshalbjahres
	„Kennenlerntag“ mit erlebnispädagogischen Elementen - gesamte Klasse -	Projektvorstellung - gesamte Klasse -	Einzelberatung - für ServA-TN -	Einzelberatung - für ServA-TN -	
	2-wöchiges schulisches Blockpraktikum (Kennen lernen der Arbeitswelt)	Assessmentcenter - verbindlich für alle ServA-TN - (9. + 10. Klasse)	Bewerbungstraining (Unterlagen aktualisieren, Anschreiben, Vorstellungsgespräch) - für ServA-TN -	Bewerbungstraining (Unterlagen aktualisieren, Anschreiben, Vorstellungsgespräch) - für ServA-TN	
	Praktikum und Auswertung als Aufhänger und Einstieg für ServA (Einzelgespräche: 1. Profiling) - gesamte Klasse -	Telefontraining - für ServA-TN -	Internettraining - für ServA-TN -	ggf. AC zur Eignungsfeststellung - für ServA-TN, die AC noch nicht durchlaufen haben oder weiteren Klärungsbedarf haben	
	Internettraining (= Informationsbeschaffungstraining) - gesamte Klasse -	Bewerbungstraining (Bewerbungsunterlagen + Vorstellungsgespräch)	Telefontraining - für ServA-TN -	Telefontraining - für ServA-TN -	
	Erlebnispädagogik	2-wöchiges begleitetes schulisches Blockpraktikum - 1. oder 2. Halbjahr -			
	Berufs- / Betriebserkundung Potenzialanalyse - gesamte Klasse - (z. T. Extrafinanzierungen wie Qualioffensive)		„Schnuppertage“ und/ oder Nachmittags- oder Ferienpraktika (mit Begleitung) - für ServA-TN -	„Schnuppertage“ und/ oder Nachmittags- oder Ferienpraktika (mit Begleitung) - für ServA-TN -	
		Verfügungstag	Praxistag (mit Begleitung)	Praxistag (mit Begleitung)	

Auf der Basis der vorhandenen Kontakte wurde die Projektkooperation ausgedehnt auf alle Gesamtschulen im Einzugsbereich der Jugendwerkstatt Felsberg, so dass die Gesamtschulen in Felsberg, Melsungen, Guxhagen und Gudensberg, die Anne-Frank Haupt- und Realschule in Fritzlar und die Odenbergschule für Lernhilfe in Gudensberg in das neue Berufsorientierungsnetzwerk einbezogen wurden.

Der in den ersten Kooperationsgesprächen ermittelte immense Bedarf an den Schulen machte schnell deutlich, dass das im BQF-Projekt zur Verfügung stehende Fördervolumen nicht ausreichen würde, um die erarbeitete Konzeption zu realisieren. Daher wurden die in der ersten Projektentwicklungsphase entstandenen Konzepte eingereicht bei Länderministerien und Stiftungen, um zusätzliche Finanzierungsmittel für diesen Teilbereich des Projektes zu akquirieren. Das BQF-Projekt ermöglichte es, im ersten Projektjahr Konzeptions-, Vernetzungs- und Strategieentwicklungen zu betreiben, die die Basis dafür bildeten, dass ab 2005 im Handlungsfeld Übergang Schule - Beruf umfassende, innovative Konzeptionen an den am Projekt beteiligten Schulen eingeführt und erprobt werden konnten. Das Hessische Kultusministerium, das Hessische Wirtschaftsministerium, der ESF, die Aktion Mensch und die Software AG Stiftung konnten für die Unterstützung der neu entwickelten Modellkonzeptionen gewonnen werden.

Zusammengefasst wurden die Aktivitäten aller Einzelprojekte unter dem gemeinsamen Arbeitstitel „ Servicestelle Ausbildung“ (ServA).

Integriertes Konzept

Leitgedanke der Konzeption ist, durch einen integrierten Handlungsansatz, der eine bessere Vorbereitung der Schüler/innen auf das Berufsleben verbindet mit Unterstützungsangeboten für Betriebe, die Schere zwischen den gestiegenen Anforderungen betrieblicher Ausbildung und den gesunkenen Voraussetzungen der Bewerber/innen zu schließen und damit betriebliche Ausbildungspotenziale für leistungsschwächere Jugendliche neu zu aktivieren.

Um Betriebe für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher zu gewinnen, müssen Bildungsträger verlässliche Begleitangebote entwickeln und zur Verfügung stellen. Betriebe müssen die Ausbildungsverantwortung teilen können und von belastendem Mehraufwand durch Serviceangebote wie Bewerbervorauswahl, externes Ausbildungsmanagement und Ausbildungsbegleitung entlastet werden.

Leitlinien

Eine verbesserte Vorbereitung der Schüler/innen auf Ausbildung und Beruf erfordert zunächst Einblicke in verschiedene Berufsfelder. Nach dem Kennenlernen verschiedener Berufe und der Wahl des individuell geeigneten Berufes geht es zum einen um die Erlangung der Ausbildungsreife und zum anderen um die Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, die Anbahnung eines Ausbildungsverhältnisses oder aber den Übergang in eine weiterführende Schule.

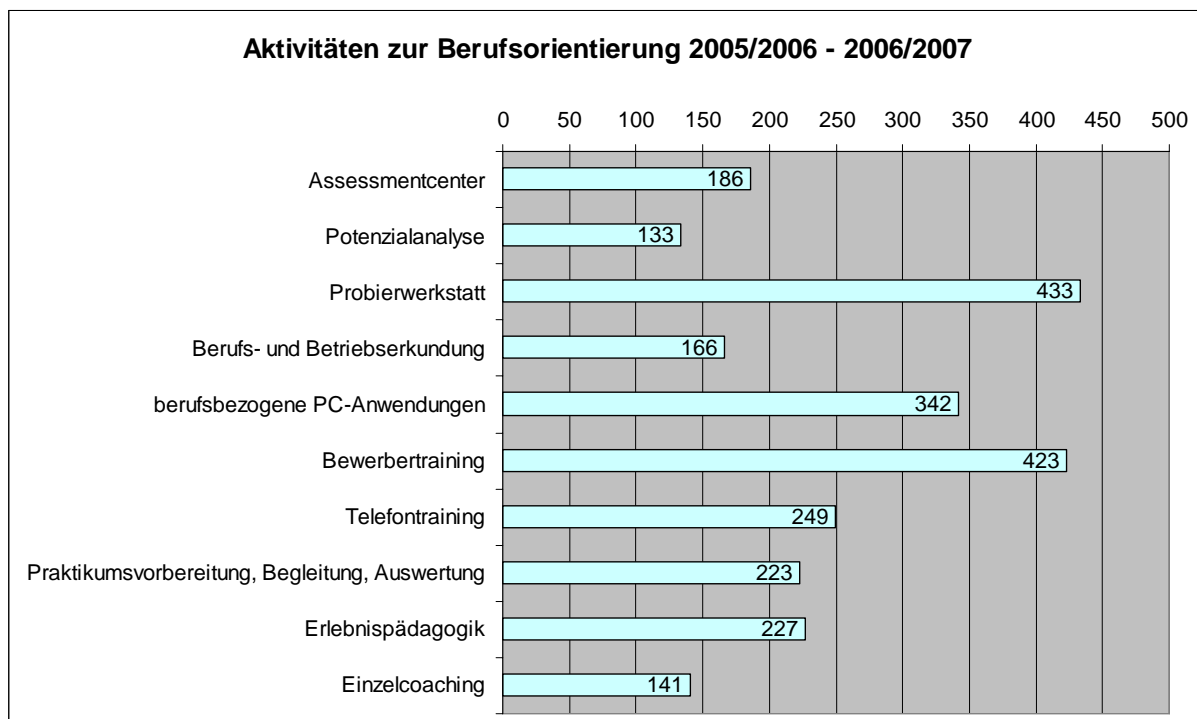
Um diese Ziele zu erreichen, müssen Schüler/innen für ihre eigenen Stärken und Schwächen sensibilisiert werden. Es ist zu überprüfen, ob die eigene Wahrnehmung mit der von Außenstehenden übereinstimmt. Außerdem ist es notwendig, dass die Jugendlichen ihre eigenen Vorstellungen artikulieren und in realen Arbeitssituation

überprüfen können. In der Regel ist dabei eine individuelle Begleitung und Beratung erforderlich.

Kompetenzfeststellung und Fördermodule

Die Servicestelle Ausbildung setzt auf den Einsatz verschiedener Instrumente wie Kompetenzfeststellung, Fördermodule, Praktikumsvorbereitung und -begleitung sowie Einzel- und Gruppencoaching. Ein möglichst dynamisch angelegtes Konzept von Maßnahmemöglichkeiten - sowohl im Verlauf als auch in der inhaltlichen Instrumentarisierung - entspricht den individuellen Entwicklungsständen und -verläufen, die die Standorte von 14-17jährigen Jugendlichen bestimmen.

Zu den im Rahmen der Servicestelle Ausbildung eingesetzten Diagnose- und Förderinstrumenten gehören Probierwerkstätten (erstes praktisches Erproben verschiedener Berufsfelder in der siebten Klasse in den Trägerwerkstätten), Berufserkundungen (Kennenlernen verschiedener Berufe mit abschließender Ergebnispräsentation), Betriebserkundungen (Kennenlernen von betrieblichen Arbeitsprozessen, Strukturen und Abläufen mit anschließender Ergebnispräsentation), Kompetenzfeststellungsverfahren (Potenzialanalyse und/oder Assessmentcenter), Erlebnispädagogik (Entwicklung und Ausbau von Schlüsselqualifikationen wie beispielsweise Teamfähigkeit und Problemlösungskompetenz), Telefon- und Bewerbungstrainings (Entwicklung und Ausbau kommunikativer Kompetenzen, Erstellen von Bewerbungsunterlagen), Internetrecherche (Medien- und Informationsverarbeitungskompetenz), Berufsinformation, Profiling sowie das Fördermodul „Verhalten im Betrieb“.



Der Einsatz von Diagnoseinstrumenten und Fördermodulen ist dann besonders effektiv, wenn die Jugendlichen im Prozess der Berufsfindung und -integration

begleitet werden und mit den Ergebnissen nicht alleingelassen werden. Berufsorientierung ist nicht die Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen, sondern ein kontinuierlicher, systematisch zu organisierender und zu begleitender Prozess.

Coaching

Coaching ist eine wirksame Prozessbegleitung. Es findet als Einzel und als Kleingruppencoaching statt. Die Coaches stimmen die individuelle Begleitung auf die ermittelten Möglichkeiten und Fähigkeiten der Schüler/innen ab. Sie begleiten, beraten und unterstützen die Jugendlichen entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen, Kompetenzen sowie berufsspezifischen Interessen und Neigungen bei der Entwicklung schulischer und beruflicher Perspektiven sowie bei der Lebens- und Berufswegplanung.

Ziel des Coachings ist vor allem, für eine Ausbildung zu interessieren, Rückschläge produktiv zu verarbeiten und die Ausbildungsmotivation nachhaltig zu stabilisieren. Nachdem die Berufswahl mittels der verschiedenen Erkundungen und Erprobung zu einem Abschluss gekommen ist, werden die notwendigen Schritte zur Erreichung des Berufsziels geplant und mit Unterstützung des Coaches realisiert.

Im Betriebspraktikum kann den Schüler/innen anhand der realen Erfordernisse vor Augen geführt werden, was geht und was an beruflichen Zugangsvoraussetzungen jeweils erforderlich ist. So lassen sich Berufswünsche am besten korrigieren. Durch praktisches Ausprobieren lässt sich das häufig sehr eingengegte Berufswahlspektrum aber auch erweitern, was aus Gründen oftmals unrealistischer Berufswünsche und unbeachteter regionaler Ausbildungssituationen von großer Bedeutung ist.

Angebotene Hilfen im Coachingprozess sind z.B. die Unterstützung bei Bewerbungen (Auswahl geeigneter Betriebe, Bewerbungsschreiben) und die gemeinsame Vorbereitung des Bewerbungsgespräches. Auch die Begleitung im Praktikum und der Austausch über die Praxiserfahrungen (Reflexion) zählen dazu.

Praktika

Praktika müssen stets begleitet werden. Die Schüler/innen erhalten neben zielorientierter Vorbereitung auf das Betriebspraktikum eine intensive Begleitung und Beratung während der Praktikumszeit. Idealerweise sollen die Schüler/innen im Anschluss an Blockpraktika in der achten und neunten Klasse ab dem zweiten Schulhalbjahr der neunten Klasse einen Tag pro Woche in Betrieben verbringen, um sich auf die betrieblichen Anforderungen einzustellen und sich für einen Ausbildungsplatz zu empfehlen.

Die Praxistage werden mit den Schüler/innen und den Betriebsinhaber/innen reflektiert. Das bietet die Gelegenheit, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe personenbezogen zu thematisieren. Der starke Hebel der sozialen Verantwortung, das längere Kennenlernen und ein bedarfsgerechtes Serviceangebot befördern neben der passgenauen Vermittlung die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsstellen. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie ist der enge persönliche Kontakt zu Betrieben, Innungen, Schulen, und Eltern.

Die Erziehungsberechtigten werden in den Prozess einbezogen und im laufenden Kontakt informiert. Die Gespräche haben dabei immer das Ziel, das Thema Berufswahl in der Familie lebendig zu machen oder zu halten und von dort Unterstützung für die Jugendlichen zu organisieren.

Die Mitarbeiter/innen der Servicestelle Ausbildung beobachten und begleiten die Praktika mit dem Ziel, den Jugendlichen wie auch den Betrieben zu einer sicheren Entscheidung über eine endgültige Berufswahl beziehungsweise eine Ausbildung zu verhelfen.

Idealerweise suchen die Jugendlichen selbst einen Praktikumsbetrieb. Die Eigeninitiative der Praktikums- bzw. Ausbildungsbewerber/innen ist seitens der Betriebe gefragt. Es wird allerdings darauf geachtet, dass die Schüler/innen nur Praktikumsbetriebe wählen, die einen Ausbildungsplatz anbieten können.

Kann das Praktikum nicht zu einer Absicherung der Berufswahl führen oder zerschlägt sich die Hoffnung auf einen Ausbildungsplatz, wird der Betrieb - bei Bedarf auch der Beruf – gewechselt. Gegebenenfalls werden ein weiteres AC und ein weiteres Betriebspraktikum arrangiert. Mit dieser Vorgehensweise werden Motivation und Chancen für eine Ausbildung verbessert die Gefahr von Ausbildungsabbrüchen verringert.

Dokumentation

Der gesamte Begleitprozess wird unterstützt durch eine systematische Dokumentation via Datenbank. Hierbei handelt es sich um ein für alle Beteiligten transparentes und offenes Dokumentationssystem, das sämtliche Informationen und Schritte im Berufsorientierungsprozess (Gespräche mit Betrieben, Gespräche mit den Jugendlichen, Ergebnisse von Potenzialanalyse und AC, Praktikumsbewertungen etc.) sammelt. Je nach Bedarf des Einzelnen werden auch Zielvereinbarungen, Festlegung von Teilzielen sowie Zielkontrollen und Reflexionen dokumentiert.

Bewertung

Mit den Instrumenten zur Eignungsfeststellung, mit den Angeboten zur Berufsorientierung, Berufsfindung und Übergangsbegleitung bietet die Servicestelle Ausbildung einen wirksamen und ausbaufähigen Ansatz für ein übergreifend- vernetzendes, qualifiziertes Förder- und Begleitsystem für die Jugendlichen an. Neben den Instrumenten und dem Coaching sind insbesondere die aus anderen Arbeitsfeldern vorhandenen Kontakte und Kooperationserfahrungen der Jugendwerkstatt Felsberg zu Betrieben die ausschlaggebenden Faktoren für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts. Dies gilt vor allem für die Praktika als der entscheidenden Stelle, an der bruchstellenfreie Übergänge von der Schule in den Beruf vorbereitet und realisiert werden. Die genaue Kenntnis der Jugendlichen, die eine passgenaue Vermittlung geeigneter Bewerber/innen ermöglicht, sowie Serviceangebote eines externen Ausbildungsmanagements machen diesen Leistungspool für Betriebe interessant.

Ergebnisse in Zahlen

Mit der in diesem Handlungsfeld erprobten Konzeption sollte es gelingen, den Anteil der Schüler/innen deutlich zu erhöhen, die nach dem Verlassen der Haupt- oder Förderschule unmittelbar und ohne Umweg über eine Warteschleife in Ausbildung übergehen. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der Hauptschüler/innen, denen dieses gelingt, bei etwa 26%¹, ein Mittelwert, der riesige regionale Unterschiede nivelliert, die sich aus den soziodemografischen und wirtschaftlichen Bedingungen einer Region ableiten. Von den Abgänger/innen aller Schulformen gelingt es angesichts der aktuellen Ausbildungsmisere nur noch etwa der Hälfte, den Weg von der Schule in die berufliche Ausbildung bruchlos fortzusetzen.² Regionaldaten für den Schwalm-Eder-Kreis oder für Nordhessen, die einen Vergleich der vorfindbaren Situation mit den im Projekt erzielten Ergebnissen ermöglichen würden, sind nicht verfügbar. Um überhaupt Vergleichszahlen zu haben, wurden Daten zum Verbleib der Schulabgänger/innen von den Projektmitarbeiter/innen mit einigem Aufwand an vier Schulen selbst gesammelt.

Im ersten Projektjahr der Weiterentwicklung der vorhandenen Kontakte, Konzepte und Aktivitäten in diesem Handlungsfeld wurden 33 Schüler/innen betreut, von denen 12% in Ausbildung (9% betriebliche, 3% außerbetriebliche) vermittelt werden konnten.

Im Jahr 2005 wurden von 40 betreuten Schüler/innen 28% in Ausbildung (23% betriebliche, 5% außerbetriebliche) vermittelt.

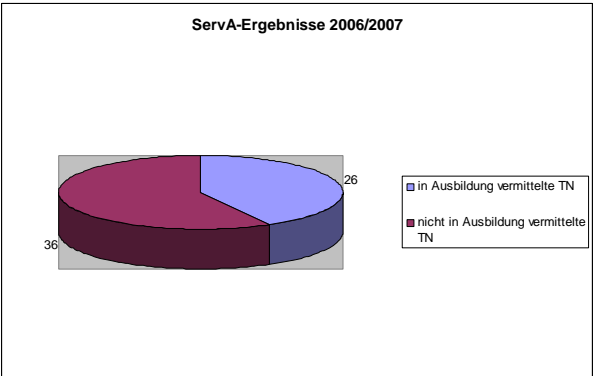
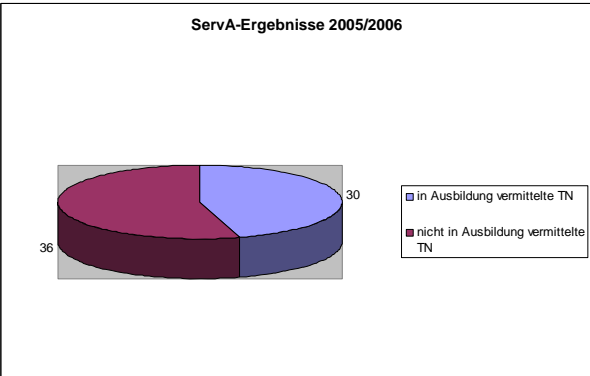
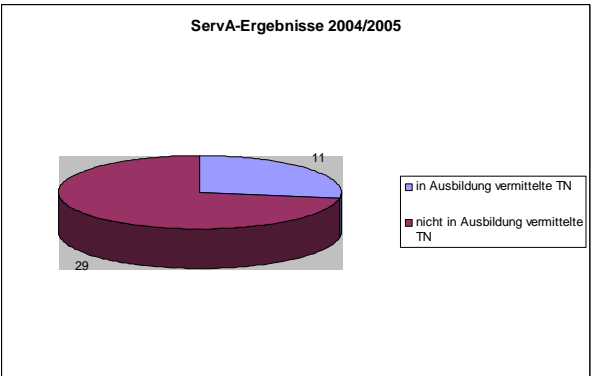
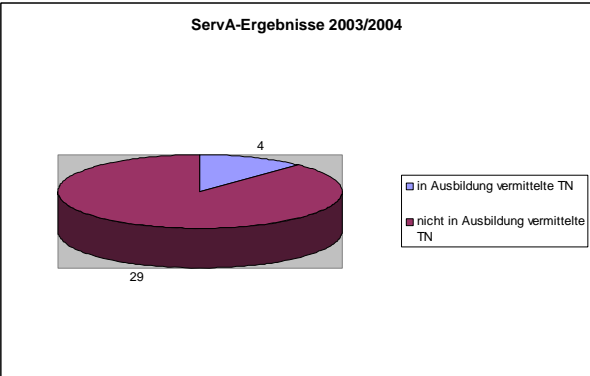
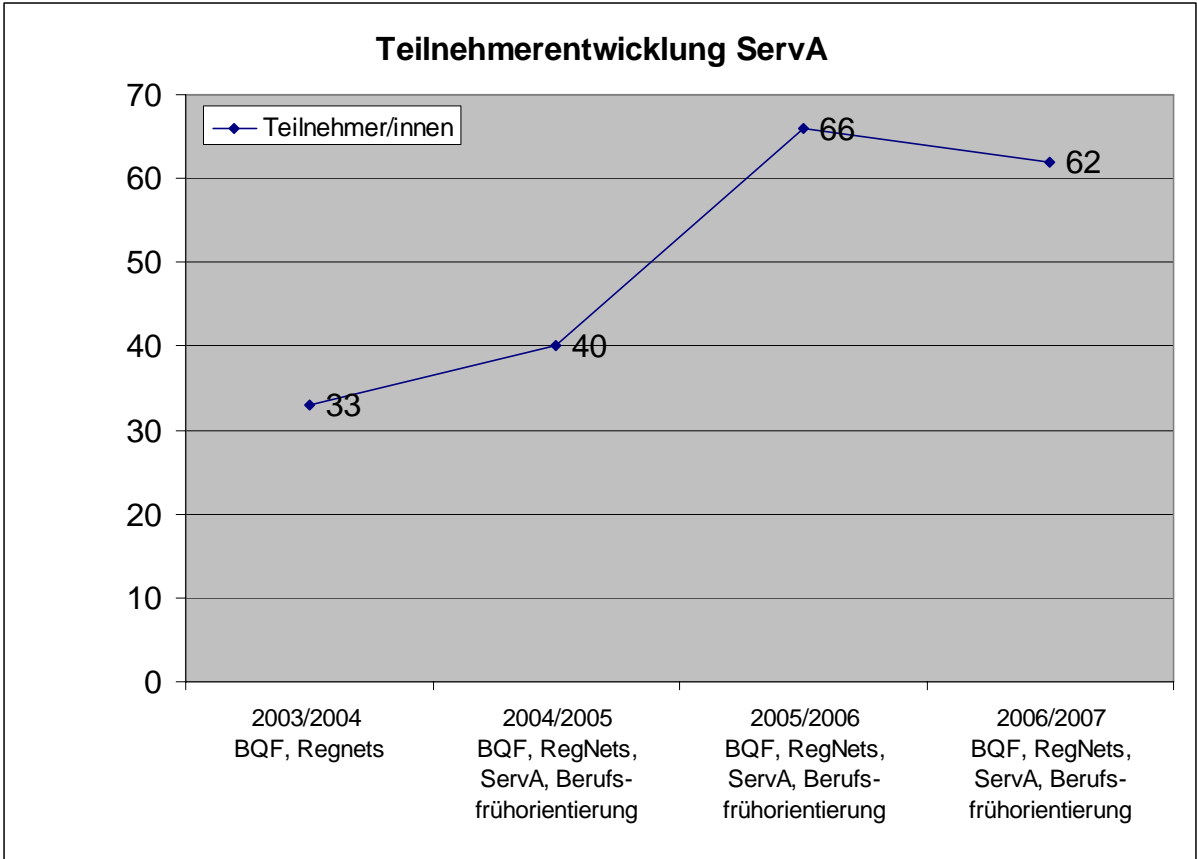
Mit den konzeptionell und personell verstärkten Aktivitäten konnten im Jahr 2006 66 Schüler/innen betreut werden, von denen 46% in Ausbildung (36% betriebliche, 9% außerbetriebliche) vermittelt werden konnten.

Diese Zahlen stabilisierten sich im Jahr 2007 mit 62 betreuten Schüler/innen, von denen 42% in Ausbildung (40% betriebliche, 2% außerbetriebliche) vermittelt werden konnten.

Augenfällig wird hier die Verbesserung der Übergangsquoten in Abhängigkeit vom Einsatz einer zielgenauen und zwischen Bildungsträgern, Schulen und Betrieben abgestimmten Konzeption. Deutliche Erfolge lassen sich erst mit einem ausentwickelten Instrumentarium, einem intensiven Personaleinsatz im Coaching und durch die kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit Betrieben erreichen.

¹ Deutsches Jugendinstitut, Schule – und dann? Schwierige Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung, München 2006, S. 11

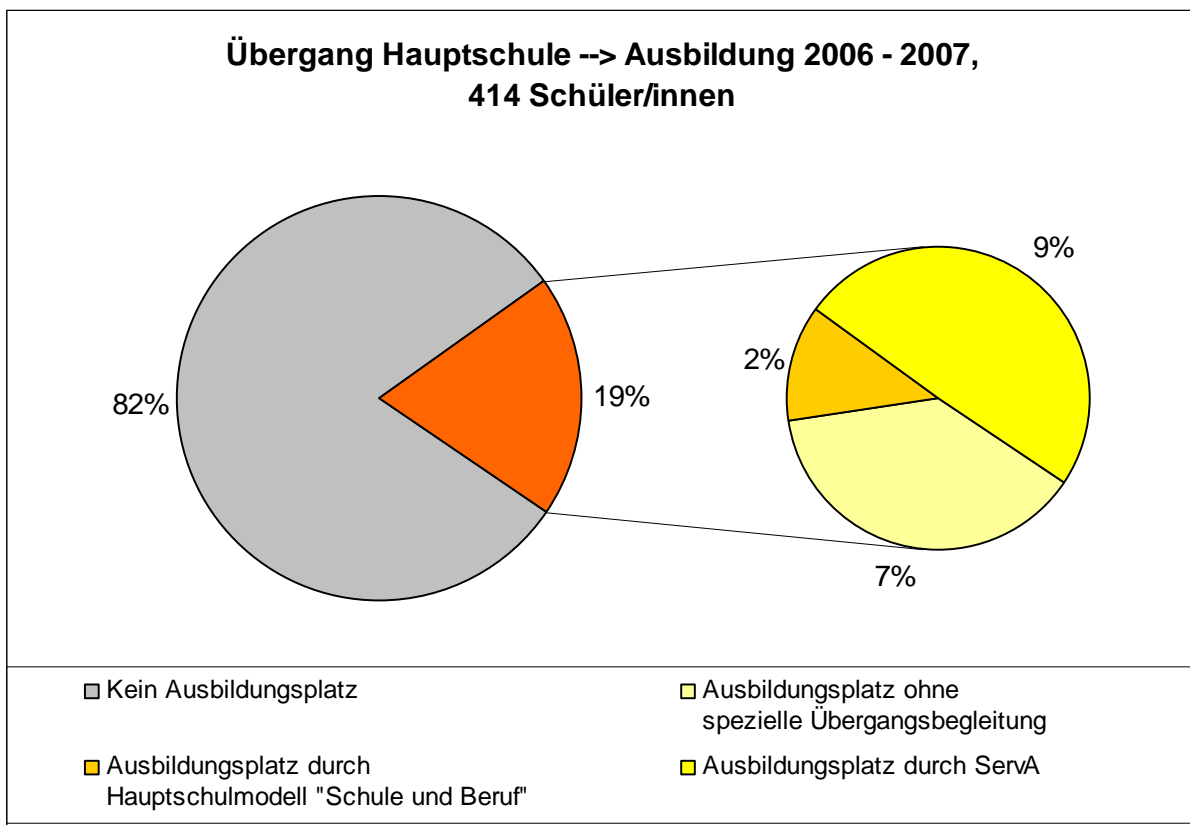
² Joachim Gerd Ulrich, in: Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren, BIBB 2005, S.20



 in Ausbildung vermittelte TN	 nicht in Ausbildung vermittelte TN
---	---

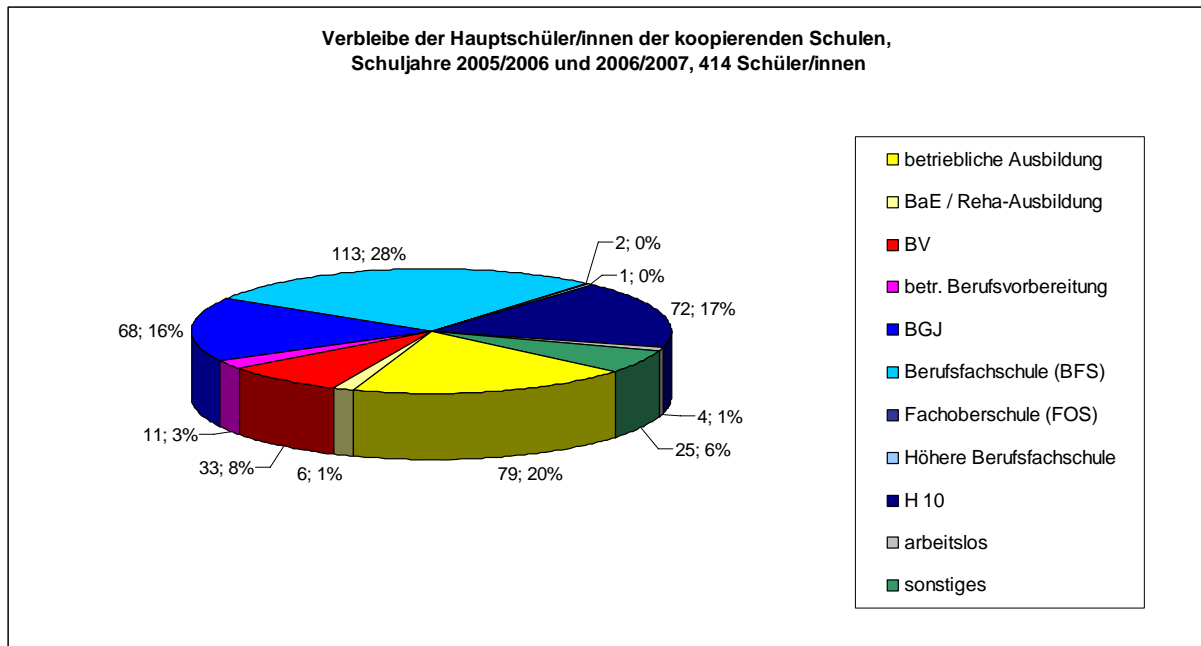
Während durch die Begleitung der Servicestelle Ausbildung in den Schuljahren 2005/6 und 2006/7 immerhin gut 40% der ausbildungssuchenden Schüler/innen zu einem Ausbildungsplatz kamen, erreichten das ohne eine fördernde Begleitung nur 7%.

Aber selbst in der Zusammenfassung aller Übergänge – ohne Hilfe, mit ServA und durch die neue landesweite Modellkonzeption „Lernen in Schule und Beruf“, beides Begleitkonzeptionen mit hohen Erfolgsquoten - wird an den vier betrachteten Schulen nur eine Übergangsquote erreicht, die noch unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Dieser Befund deckt sich mit den empirisch nicht abgesicherten Beobachtungen der Lehrer/innen, dass bis zum Einsetzen der neuen Förderinstrumente allenfalls 10% der Hauptschulabgänger/innen einen Ausbildungsplatz bekam.



Nicht alle Hauptschüler/innen streben unmittelbar nach dem Schulabschluss eine Ausbildung an. Nach den Beobachtungen der Projektmitarbeiter/innen und Forschungsergebnissen des Deutschen Jugendinstituts sind es unter 50%³. Viele gehen weiter zur Schule, zur Verbesserung ihrer Chancen oder als Warteschleife.

³ DJI, a.a.O.



Fazit

Für eine Verbesserung im Übergang Schul - Beruf bedarf es der systematischen Zusammenarbeit der regionalen Bildungsakteure. Die bestehenden Bildungs- und Fördersysteme in Deutschland scheinen nicht mehr in ausreichendem Maße in der Lage, Jugendliche adäquat auf den Übergang in den Beruf vorzubereiten. Eltern haben ihre Erziehungsaufgaben zu großen Teilen abgegeben, Schulen und Betriebe fühlen sich von diesem Aufgabenzuwachs überfordert und sind für diese Aufgaben nicht gerüstet. Bildungsträgern kommt hier eine entscheidende Impuls- und Schnittstellenfunktion zu.

Die Projektergebnisse belegen, dass durch die Verankerung von Berufsorientierung in den Schulen, die systematische Strukturierung des Berufsorientierungsprozesses, die intensive Begleitung der Schüler/innen und die enge Zusammenarbeit mit Betrieben viele der ausbildungswilligen Jugendlichen vor unnötigen Warteschleifen bewahrt werden können. Betriebe können durch die Vorbereitung der Ausbildungsbewerber/innen auf die betrieblichen Anforderungen, durch längeres Kennenlernen in ausführlichen Praktikumsphasen und durch die Bewerbervorauswahl und passgenaue Vermittlung wieder für die Ausbildung gewonnen werden.

Diese auch von anderen Trägern bereits erfolgreich erprobte Strategie, durch Begleitangebote betriebliche Ausbildungspotenziale für die Benachteiligtenausbildung zu gewinnen, wurde durch die strukturellen Veränderungen in der Auftragsvergabe der Bundesagentur für Arbeit allerdings erheblich beeinträchtigt. Begleitangebote werden in der Regel über ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) finanziert. Bis 2004 konnten Träger davon ausgehen, in jedem Jahr eine etwa gleich große Zahl von abH-Plätzen von ihren regionalen Arbeitsagenturen finanziert zu bekommen. Mit der Umstellung auf die zentrale Vergabe von Aufträgen ist diese Sicherheit geschwunden. Mit der neuen Ausschreibungs- und Vergabepaxis sind keine mehrjährigen Begleitzusagen eines

Trägers gegenüber Betrieben und Jugendlichen mehr möglich. Genau dieses war aber die Basis, auf der langjährig in einer Region aktive und bekannte Träger Betrieben verlässliche Dienstleistungen bieten konnten und diese durch Risikoentlastung für die Ausbildung gewinnen konnten. Zusammenarbeit braucht Vertrauen und Kontinuität. Diese Basis ist bei jährlichem oder zweijährlichem Wechsel der abH-Anbieter, die meisten neu in einer Region auftreten, keine der vor- und nachgelagerten Dienstleistungen anbieten und mit den vorhandenen Strukturen und Personen nicht vertraut sind, nicht mehr gegeben. Einer erfolgreichen Strategie zur Gewinnung der so dringend benötigten betrieblichen Ausbildungspotenziale ist damit eine wichtige Grundlage entzogen.

Eine qualifizierte Berufsorientierung muss in der Schulzeit beginnen - so früh wie möglich. Berufsorientierung muss zum integralen Bestandteil schulischer Bildung werden. Neue Formen und Ansätze der beruflichen Orientierung an hessischen Schulen verblieben lange Zeit in Modellversuchen und unverknüpft, ohne nachhaltige Wirkung für die Verbreitung und Verankerung in schulischen Handlungskonzepten und ohne nachhaltige Wirkung für die Berufsorientierung aller Schüler/innen. Es fehlte ganz konkret und praktisch an Impulsen zur Entwicklung von schulischen Konzepten, die unter den jeweiligen Bedingungen vor Ort umsetzbar waren.

Im Schwalm-Eder-Kreis befinden sich die relevanten Akteure seit 2007 erstmals auf dem Weg zu einer modellversuchsunabhängigen Verstetigung. Auf Initiative eines Bildungsnetzwerks, in dem das einzige kreisansässige Großunternehmen (B. Braun), eine große Gesamtschule (GS Melsungen) und ein Bildungsträger (Jugendwerkstatt Felsberg) sich zusammengeschlossen haben, wurden unter dem Titel „Keiner geht verloren“ Konzeptideen für ein regionales Übergangsmanagement entwickelt. Das Staatliche Schulamt für den Schwalm-Eder-Kreis und den Landkreis Waldeck-Frankenberg und das Hessische Kultusministerium unterstützen diese Initiative, indem sie 12 Schulen aus der Region auswählten, die gemeinsam ein Konzept für Übergangsmanagement an Schulen entwickeln sollen, das in einer Pilotphase erprobt und anschließend auf breiterer Ebene umgesetzt werden soll. In Verbindung mit den im Hessischen Schulgesetz neu verankerten Übergangskonferenzen von abgehenden und aufnehmenden Schulen und der neu eingeführten Förderplanung sind damit – vorangetrieben auch durch die Aktivitäten des Felsberger BQF-Projekts - erste Schritte auf dem Weg zu einer systematischen Begleitung und Gestaltung von Übergangsprozessen getan worden.

Die Schulen machen aber immer wieder nachdrücklich deutlich, dass sie bei der Berufsorientierung und beim Übergangsmanagement unterstützt werden müssen. Um die neu entwickelten Instrumente und Konzepte regelmäßig, verbindlich und nachhaltig einsetzen zu können, brauchen sie die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die Unterstützung und Fortbildung durch Jugendberufshilfeträger sowie Austausch und Kooperation mit Betrieben. Die Handlungsbedarfe können angesichts der Herausforderungen wirksam nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten bearbeitet werden. Schule muss und will gemeinsam mit den weiteren regionalen Akteuren in partnerschaftlicher Zusammenarbeit handeln, um wirksame Unterstützungs- und Begleitangebote beim Übergang von Schule in Ausbildung zu schaffen.

Die Aufgabe als vermittelnde, zusammenführende und beratende Instanz an der Schnittstelle zwischen Schule, Elternhaus, Wirtschaft und anderen verantwortlichen

Akteuren in den komplexen Berufsorientierungs- und Berufseinstiegsprozessen wird aufgrund der langjährigen Erfahrungen, Kompetenzen und Kontakte in Zukunft mehr und mehr den Trägern der freien Jugendhilfe zukommen.

2. Effektivierung der Berufsvorbereitung

Die Aktivitäten im zweiten Handlungsfeld des Projektes zielten darauf, Effizienzreserven im etablierten System der Berufsvorbereitung neu zu nutzen. Es sollte darum gehen, ausbildungsreife Jugendliche mit klaren Berufsvorstellungen ohne unnötige Umwege und Zeitverluste in Warteschleifen in Ausbildungsprozesse zu integrieren.

Zu diesem Zweck wurde in den ersten Projektmonaten die Berufsvorbereitung beim Projektträger neu strukturiert. Um die Chancen der Teilnehmer/innen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhöhen, wurden die Zeiten für Betriebspraktika verlängert. Statt einmal vier Wochen verbrachten die Teilnehmer/innen seit September 2004 dreimal vier Wochen Praktikumszeit in einem oder in mehreren Betrieben. Damit verbesserten sich für die in ihrer Berufswahl noch unentschiedenen Jugendlichen die Orientierungsmöglichkeiten. Für die bereits entschiedenen Jugendlichen wurden die Möglichkeiten, sich einem Ausbildungsbetrieb zu empfehlen, verbessert, oder es konnten alternative Berufsoptionen ausprobiert und eröffnet werden.

Für die Teilnehmer/innen der Berufsvorbereitung (von 2004 bis 2007 40 TN/a, ab 2007 32 TN/a) stehen in der Jugendwerkstatt sechs Berufsfelder in anfangs vier, heute drei separaten Gruppen zur Verfügung: eine Mädchengruppe, eine Orientierungsgruppe für Jugendliche mit großen sozialen und schulischen Problemen (mit der Möglichkeit den Hauptschulabschluss nachzuholen) und eine (bis 2005 zwei) Praxisgruppe(n). Teilnehmer/innen, die einen von der Jugendwerkstatt angebotenen Ausbildungsberuf anstreben, werden seit 2005 in die entsprechenden Ausbildungsabteilungen integriert, um sich gezielt auf ihren Wunschberuf vorzubereiten und potenzielle Ausbildungsbetriebe durch bereits erworbene Grundqualifikationen für sich einnehmen zu können.

Erprobung von Qualifizierungsbausteinen

Für alle Teilnehmer/innen wurde das Ziel verfolgt, die Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen zu verbessern. Für die berufsfeldübergreifenden und vorrangig an den sozialen Kompetenzen arbeitenden Gruppen (Mädchen und Orientierung) war das schwer zu realisieren, für die dezidiert berufsfachlich arbeitenden Teilnehmer/innen wurden die vom ZDH/ZWH erarbeiteten Qualifizierungsbausteine herangezogen. Ab September 2004 wurde erprobt, wie diese standardisierten Qualifizierungsbausteine in der Benachteiligtenqualifizierung einsetzbar sind. Der Ausbildungsmeister der Tischlerabteilung arbeitete in der Expertenrunde von ZDH/ZWH mit. Er entwickelte ebenso wie die Büroausbildung einen eigenen, neuen Qualifizierungsbaustein.

Es zeigte sich, dass die ZDH/ZWH-Qualifizierungsbausteine für die leistungsschwachen Teilnehmer/innen in der Berufsvorbereitung wenig geeignet sind. Diese Teilnehmer/innen haben sich zunächst vorrangig mit Fragen der personalen und sozialen Kompetenzen auseinander zu setzen und den Prozess ihrer

beruflichen Orientierung zu bewältigen. Die Anforderungen der standardisierten Qualifizierungsbausteine sind für sie noch zu hoch.

Für die Jugendlichen mit mittlerem Leistungsvermögen war das Absolvieren eines Qualifizierungsbausteines während der einjährigen Lehrgangsdauer vorgesehen. Nur 11 Teilnehmer/innen der Berufsvorbereitung absolvierten allerdings von 2004 bis 2007 erfolgreich einen Qualifizierungsbaustein. Die Lernerfolge wurden in Abschlussprüfungen, die von der Handwerkskammer Kassel abgenommen wurden, auf den Prüfstand gestellt. Handwerkskammer und Jugendwerkstatt dokumentierten die Lernergebnisse in einem gemeinsamen Zertifikat.

Ausbildungsbausteine

Angesichts des Ausmaßes der Ausbildungsstellenmisere schien die mit der Einführung der Qualifizierungsbausteine zu erreichende Steigerung von Effizienz und Verwertbarkeit aber nicht weitreichend genug. In intensiven Gesprächen mit der Handwerkskammer Kassel wurde ein weiterer, noch anspruchsvollerer Weg entwickelt, um die Zeit in der Warteschleife für ausbildungsfähige Teilnehmer/innen der Berufsvorbereitung effektiver zu gestalten. Leistungsstärkere Teilnehmer/innen sollten in der Jugendwerkstatt die Inhalte des ersten Ausbildungsjahres vermittelt bekommen, in der Berufsschule in die entsprechenden Ausbildungsklassen integriert werden und zum Jahresende ihre erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten in einer eintägigen Leistungskontrolle unter Beweis stellen. Die Handwerkskammer überwachte diese Prüfung und zertifiziert die Ergebnisse.

Für die Teilnehmer/innen, die erfolgreich ein erstes Ausbildungsjahr absolvieren, werden Betriebe gesucht, die sie ins zweite Ausbildungsjahr übernehmen. Für die Betriebe bleibt aber - anders als beim BGJ - die Anerkennung des ersten Ausbildungsjahres in der eigenen Entscheidung: Sie können es anerkennen, müssen aber nicht. Es wurde mit dieser Vereinbarung dennoch ein wichtiger Fortschritt erzielt auf dem Weg zur Anerkennung von Vorqualifikationen auf die Ausbildung.

Mit diesem Modellinstrument ging es darum, zu testen, inwieweit vorhandene Kapazitäten der Berufsvorbereitung genutzt werden können, um leistungsstärkeren, lediglich arbeitsmarktbenachteiligten Jugendlichen das Optimum an Qualifizierung zu vermitteln und diese Qualifikationen auf die Ausbildungszeit anzurechnen. Am effektivsten und organisatorisch am einfachsten zu regeln ist die Anerkennung eines gesamten Ausbildungsjahres.

Mit diesem Modellinstrument sollte auch getestet werden, wie stark das Interesse von Betrieben an vorqualifizierten Auszubildenden ist, die im zweiten Ausbildungsjahr bereits produktiv einsetzbar sind. Gleichzeitig sollte mit diesem Modell die Flexibilität der Berufsschulen gefordert und entwickelt werden. Angesichts der rückläufigen Schülerzahlen erwiesen sich die Berufsschulen als kooperativer und flexibler als ursprünglich erwartet. Die hauptsächlichen Gewinner in diesem Modell sind aber natürlich die Jugendlichen, die auf diese Weise doch noch ohne überflüssige Warteschleifen in betriebliche Ausbildung einmündeten.

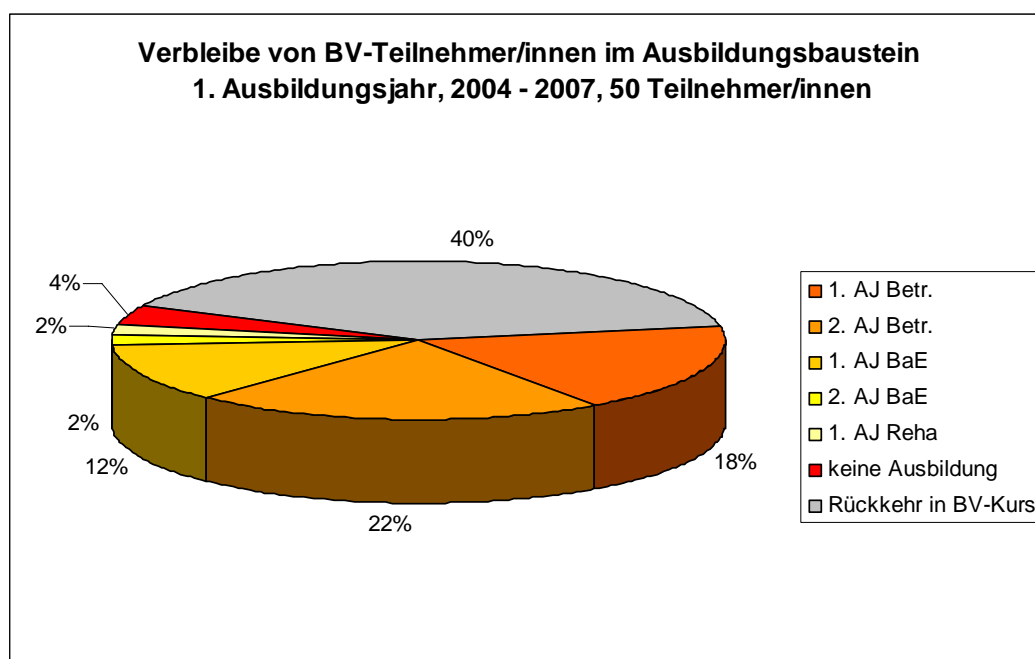
Auch diejenigen, die keinen anerkennungswilligen Betrieb fanden, haben mit dem Nachweis eines erfolgreich absolvierten ersten Ausbildungsjahres zumindest einen guten Zugang zu einem betrieblichen Ausbildungsplatz.

Das unkonventionelle Modellkonzept brachte die Kammer an die Grenze ihrer Handlungsspielräume. Für die Kontrollinstitution der Berufsausbildung war es eine schwierige Abwägung zwischen der Vermeidung möglicher Missbrauchsgefahren, die aus diesem Konzept entstehen könnten, und der Eröffnung neuer Wege, um die desolante Situation von Jugendlichen in Warteschleifen zu verbessern. Die Zustimmung der Kammer, dieses Modell mitzutragen, war nur aufgrund der langjährigen guten Beziehungen zu erreichen und war an zwei Bedingungen geknüpft. Erstens: die Regelung behält ihre Gültigkeit nur so lange, wie die dramatische Situation auf dem Ausbildungsmarkt und die große Zahl von Jugendlichen in Warteschleifen dieses Vorgehen im Interesse der Jugendlichen angezeigt sein lassen. Zweitens: die Jugendwerkstatt verpflichtet sich, dieses Modell nicht offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Zustimmung und Beteiligung der Kammer an diesem unkonventionellen Konzept zeigte aber die erfreuliche Bereitschaft mancher Institutionen, in schwierigen Zeiten neue situationsgerechte Lösungen zu finden. Sie offenbart die oft unterschätzten Möglichkeiten für neue unkonventionelle Wege in der beruflichen Qualifizierung.

Im weiteren Projektverlauf haben auch andere Institutionen großes Interesse an diesem Modell entwickelt. Die ARGE Schwalm Eder hat dieses Konzept 2007 zur Grundlage einiger besonderer Einzelförderungen in der Jugendwerkstatt gemacht. Jugendliche Hilfeempfänger, deren weitere Förderwürdigkeit nach dem Abbruch mehrerer Maßnahmen infrage steht, erhalten mit diesem Modell eine einjährige Bewährungschance. Ihnen wird die Förderung für einen einjährigen Ausbildungsbaustein im Rahmen einer Berufsvorbereitungsmaßnahme bewilligt. Halten sie durch und können sie das erste Ausbildungsjahr erfolgreich absolvieren, verpflichtet sich die ARGE zur Weiterförderung der folgenden Ausbildungsjahre. Dieses Konzept eröffnet somit nicht nur ordnungspolitisch sondern auch förderpolitisch interessante Perspektiven.

Ergebnisse in Zahlen

Die zahlenmäßigen Ergebnisse in diesem Handlungsfeld stellen sich wie folgt dar:



3. Verbundausbildung

Übertragung und Flexibilisierung des Verbundkonzepts

Die Jugendwerkstatt hatte in einem Modellversuch der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeitsarbeit des BMFSFJ ein Modell der Ausbildungskooperationen von Bildungsträgern und Betrieben entwickelt, das in der Fachöffentlichkeit sehr positiv bewertet worden war.⁴ Bei diesem Verbundkonzept handelte es sich um das Modell eines langsamen Übergangs aus der außerbetrieblichen in die betriebliche Ausbildung, nach dem die Jugendlichen zunächst für sechs Monate in der außerbetrieblichen Ausbildungswerkstatt stabilisiert und fachlich und sozial qualifiziert werden und anschließend in immer längeren Praktikumsphasen in die Betriebe eingeführt werden, die zum dritten Ausbildungsjahr den Ausbildungsvertrag übernehmen.

Der Vorteil dieses Modells gegenüber anderen Formen der kooperativen Ausbildung ist, dass es Betrieben einen langen Zeitraum für das Kennenlernen der Jugendlichen und für ihre Entscheidung zur Übernahme des Ausbildungsvertrags lässt und dass es mit den lange geschützten Entwicklungsräumen und den langsam gesteigerten Anforderungen auch für die leistungsschwächeren Jugendlichen im Spektrum der Benachteiligtenförderung geeignet ist.

Im Rahmen des BQF-Projektes sollte diese Ausbildungskonzeption, die bis dahin nur für die Maler- und Elektroausbildung entwickelt und erprobt worden war, auf andere Berufe übertragen und in ihrer zeitlichen Ablaufstruktur flexibilisiert werden. Es sollten Wege gefunden und erprobt werden, die Übergänge von der außerbetrieblichen in die betriebliche Ausbildung individueller und variabler zu gestalten.

Im Bereich der Büroausbildung wurde im März 2004 mit der Entwicklung einer neuen Ausbildungskonzeption für die Ausbildung im Verbund begonnen, die zur Weiterverbreitung an andere Bildungsträger bei Tagungen und im Internet zur Verfügung gestellt wurde.

Die Betriebsakquise in diesem Berufsfeld erbrachte sehr ambivalente Ergebnisse. Mehr als in den handwerklichen Berufen entpuppten sich hier kooperationsbereite Betriebe als unseriös: z.T. standen sie als neu gegründete Kleinstunternehmen ökonomisch sehr labil, z.T. nutzten sie die Auszubildenden in überstarkem Maße für ausbildungsfremde Tätigkeiten (Fahrdienste fürs Dentallabor, Verkaufstätigkeit). Aus diesen Betrieben wurden die Jugendlichen in der Regel wieder abgezogen. Nicht immer fiel diese Entscheidung leicht. Wenn die Auszubildenden sich in dem Betrieb und auch bei den ausbildungsfremden Tätigkeiten wohl fühlten, wenn ihnen gar noch eine Übernahme in Beschäftigung nach Abschluss der Ausbildung in Aussicht gestellt war, wollten sie natürlich in diesem Betrieb verbleiben. War der Erfolg der Ausbildung jedoch durch das Ausmaß der ausbildungsfremden Tätigkeiten gefährdet, mussten die Auszubildenden trotz der Beschäftigungsaussichten aus diesen Betrieben zurückgezogen werden.

⁴ z.B. Hildegard Zimmermann, Kooperative Berufsausbildung in der Benachteiligtenförderung, BiBB 2004

Auf der anderen Seite wurden auch wertvolle neue Kooperationen aufgebaut wie z.B. zum zweitgrößten Ausbildungsbetrieb in der Region, dem Medizintechnikbetrieb von DIHT-Präsident L.G. Braun oder einem der beiden großen Regionalverkehrsunternehmen in der Region Kassel. Dauerhaft neue Ausbildungspotenziale konnten erschlossen werden durch den Kontakt zur Bundeszentrale der deutschen Amateurfunker, die durch die Kooperation für die Ausbildung gewonnen werden konnten und sich zu einem engagierten, konstanten und qualitätvollen Ausbildungsbetrieb entwickelten.

Im Jahr 2005 wurden für die Ausbildung von Tischler/innen und Metallbauer/innen neue Konzepte für die Ausbildung im Verbund entwickelt und eingeführt.

Veränderung der Rahmenbedingungen

Zu dieser Zeit hatten sich allerdings die Rahmenbedingungen für die Ausbildung in der Jugendwerkstatt dramatisch verändert. Zum einen waren die Platzkontingente für die BaE-Ausbildung im Schwalm-Eder-Kreis vom Land Hessen und von der Bundesanstalt für Arbeit zurückgefahren worden, zum anderen hatten die Arbeitsmarktreformen mit der neu eingeführten zentralen Ausschreibung und Vergabe den regionalen Arbeitsagenturen die Möglichkeit genommen, Ausbildungsmodelle weiterzuführen, die erfolgreich und gewünscht waren, aber auf dem alten Förderrahmen basierten. Durch das Felsberger Verbundmodell lag die Kasseler Arbeitsagentur im hessischen Vergleich ganz vorn, was den Übergang aus BaE-Plätzen in betriebliche Ausbildung betrifft. Zwar bemühte sich die regionale Arbeitsagentur durch kleinteilige, lokal gebundene Ausschreibungen der BaE-Plätze die bewährten ansässigen Träger vor unseriöser Billigkonkurrenz zu schützen, bei den 200 abH-Plätzen im Kreis war diese Möglichkeit jedoch nicht gegeben.

Vier von fünf BaE- und abH-Trägern im Schwalm-Eder-Kreis realisierten den Zwang zur Kooperation und schlossen sich nach schwierigem Ringen um die Verteilung der ausgeschriebenen Plätze und um die Angebotspreise zu einer Bietergemeinschaft zusammen, die sich in den folgenden zwei Jahren als tragfähig bewährte. Die Ausbildungsplätze für integrative und kooperative BaE konnten auf diese Weise von den ansässigen Trägern gehalten werden. Die abH-Ausschreibungen seit 2005 wurden allerdings von externen Anbietern gewonnen und können damit nicht länger Teil eines umfassenden Dienstleistungsangebotes der ansässigen Bildungsträger an die regionalen Betriebe sein.

Mit dem Verlust der abH-Plätze der Jugendwerkstatt ist eine zentrale Grundlage des Verbundmodells entfallen. BaE-Auszubildende, deren Vertrag von Betrieben übernommen werden könnte, können nicht mehr - wie das Modell es vorsieht - bis zum Ende ihrer Ausbildung über abH von der Jugendwerkstatt weiter betreut werden. Diese Weiterbetreuung aber ist für die Betriebe wie für die Jugendlichen die Garantie des Erfolgs. Ohne diese Möglichkeit ist allen Beteiligten das Risiko eines frühzeitigen Übergangs zu hoch.

In den meisten Fällen geht es nicht um beliebigen Förderunterricht mit austauschbarem Personal, sondern es geht um individuelle Lernstrategien, um gewachsene Beziehungen, um die gezielte Beobachtung bekannter Risiken und um Schritte der Verselbstständigung aus personengebundenen Förderprozessen.

Als Folge der Arbeitsmarktreformen können die Auszubildenden der Jugendwerkstatt nun nicht mehr im Verlauf oder zum Ende des zweiten Ausbildungsjahres in betriebliche Ausbildung übergehen. Schon gar nicht können einzelne – wie in der MV-Konzeption vorgesehen – schon nach dem ersten oder im Verlauf des zweiten Ausbildungsjahres in betriebliche Ausbildung übergehen. Die Auszubildenden bleiben vielmehr notgedrungen weiter im BaE-Vertrag. Erst im Verlauf des dritten Ausbildungsjahres, wenn Risiken weitestgehend ausgeschlossen werden können und wenn die Finanzierung bis zum Ende der Ausbildung gesichert ist, wechseln sie in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis.

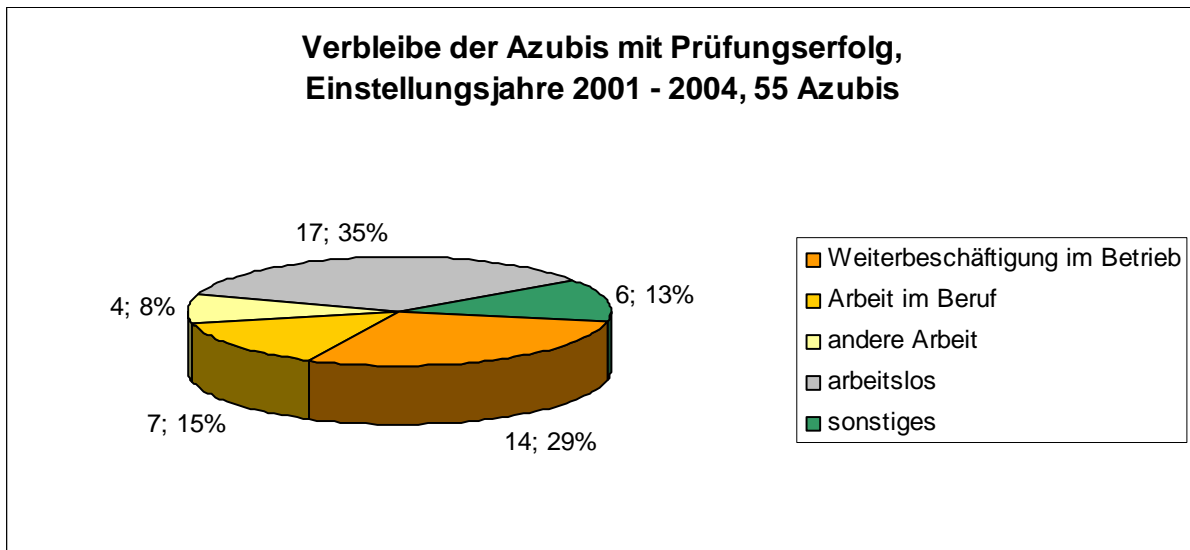
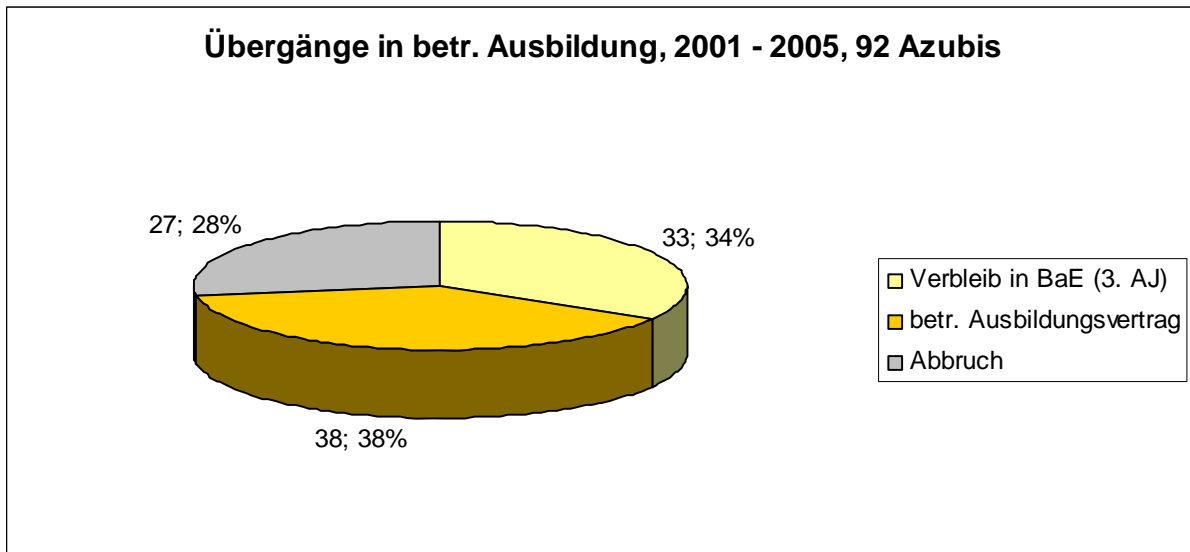
Für die Auszubildenden wird damit ein wichtiger Entwicklungsschritt unnötig verzögert und entwertet. Die Betriebe werden finanziell aus der Ausbildung weitgehend entlassen und weiter an den Fördermitteltopf gewöhnt. Die Arbeitsagentur kauft eine schlechtere Leistung zu einem teureren Preis ein. Unter pädagogischen, bildungspolitischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bedeutet die vorgeblich effizienzsteigernde Ökonomisierung der Förderpolitik nur Rückschritt.

Die Arbeitsmarktreformen haben damit zu einer ganz anderen zeitlichen Flexibilisierung des Verbundkonzepts geführt als in der Projektkonzeption geplant. Nicht die Möglichkeiten individueller früherer Übergänge konnten erprobt werden, sondern Übergänge mussten nach hinten, in Richtung Ausbildungsende flexibilisiert werden.

Unter diesen nicht vorhersehbar veränderten Förderbedingungen ist es schon als Erfolg zu sehen, dass es gelungen ist, dieses Ausbildungsmodell zu erhalten und offensiv weiter zu verbreiten. Die 2004 noch zu sehenden Potenziale für eine individualisierte und dennoch Kosten sparende Ausbildung benachteiligter Jugendlicher können unter den neuen Förderbedingungen nicht im eigentlich möglichen Umfang ausgeschöpft werden. Dennoch ist es gelungen, andere Bildungsträger und Förderinstitutionen (ARGEN, Optionskommunen, Hessisches Sozialministerium) für die pädagogische Qualität des Modellansatzes zu interessieren. Unter anderen Förderbedingungen als denen der Bundesagentur hat dieses Konzept für die Förderinstitutionen auch finanzielle Vorteile.

Der Stärkung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und der Gewinnung von betrieblichen Ausbildungspotenzialen für benachteiligte Jugendliche ist die Entwicklung der Förderpolitik allerdings wenig zuträglich. Die Verschiebung der Übernahme von Ausbildungsvertrag und Ausbildungskosten durch die Betriebe in Richtung Ausbildungsende schwächt deren Ausbildungsverantwortung. Ausbildungskooperation wird deutlich weniger als gemeinsames Anliegen in gemeinsamer Verantwortung begriffen. Betriebliche Vorteilsüberlegungen und Mitnahmeattitüden nehmen zu. Übernahmen werden auch seitens der Betriebe unnötig hinausgezögert oder abgelehnt, die Beteiligung an den Ausbildungskosten im zweiten Ausbildungsjahr immer häufiger verweigert. Wenn Betriebe Auszubildende ganz offensichtlich auch ohne eigene Kosten- und Verantwortungsübernahme bekommen können, dann sind sie selbstverständlich bestrebt, die betriebswirtschaftlich günstigste Lösung für sich zu realisieren. Mit der Veränderung der Förderpolitik werden entwickelte Möglichkeiten verschüttet, Chancen zur Stärkung von Ausbildungsbereitschaft vertan.

Ergebnisse in Zahlen



4. Vernetzung

Die regionale Vernetzung wurde im Projektzeitraum planmäßig ausgebaut. Nach einer Auftaktveranstaltung, die an kooperierende Institutionen und Betriebe wie auch an potenzielle Teilnehmer/innen und Eltern gerichtet war, fanden schon im ersten Projektjahr verschiedene Bereichstreffen im Netzwerk statt. Die Kooperation mit der Wirtschaft wurde durch drei Treffen mit Kammer, Innungen und Kreishandwerkerschaft sowie zwei Treffen der Verbundbetriebe gefestigt. Der Weiterentwicklung der Kooperation mit den Schulen dienten im ersten Projektjahr eine kleine regionale und eine schulamtsweite Konferenz mit Schulleiter/innen sowie zahlreiche Kontakte zu Lehrer/innen..

Als Teil seiner Aktivitäten im Übergang Schule –Beruf arbeitete das Modellvorhaben intensiv mit in einem Bildungsnetzwerk unter der Federführung des Hessischen

Kultusministeriums im Programm RegNets, das sich auf die Vernetzung von Haupt- und Förderschulen und Freien Trägern der Jugendberufshilfe im Schulamtsbezirk richtete, die der Berufsorientierung an den Schulen neue Impulse geben wollten.

Ein weiteres Netzwerk von allgemein bildenden und beruflichen Schulen, Freien Trägern der Jugendberufshilfe, Kammern und Arbeitsagentur trifft sich seit vielen Jahren unregelmäßig auf Einladung des DGB.

Zum Ende des Jahres 2004 hatten das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft und das Hessische Kultusministerium eine weitere Initiative für die regionale Vernetzung der beruflichen Schulen, Kammern und Freien Trägern der Jugendberufshilfe ergriffen. Zu Beginn auf der Schulamtsebene, später auf der Kreisebene trafen sich Schulleiter/innen der beruflichen Schulen, Kammerrepräsentanten, Betriebe und freie Träger mit Schulaufsicht, Schulträgern und Kultusministerium, um über Strategien zur Verbesserung der beruflichen Bildung zu diskutieren. Aus dieser relativ unverbindlichen Vernetzung, die nie ein wirkliches gemeinsames Ziel und Interesse fand, ist inzwischen eine erweiterte Schulleiterdienstversammlung der beruflichen Schulen geworden. Das Scheitern dieses Versuchs machte deutlich, wie unterschiedliche Interessen und Konkurrenz der Akteure, die Vielzahl der Vernetzungsbemühungen und das Fehlen von Visionen und Aktivitätsbereitschaft bei zentralen Akteuren die regionalen Innovations- und Entwicklungspotenziale bremsen.

Auch die ARGE Schwalm Eder bemühte sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages um die Vernetzung der relevanten regionalen Akteure. Gerade in der Startphase 2005 und 2006 zeichneten sich die Jugendkonferenzen durch rege Beteiligung und intensive Diskussionen aus. In zwei Arbeitsgruppen, die über mehrere Monate zusammenarbeiteten, wurden neue Förderkonzepte für den Übergang Schule - Beruf sowie für besondere Problemgruppen unter den jugendlichen Hilfeempfängern entwickelt. Die neu entwickelten Konzepte fanden Eingang in die Förderpolitik der ARGE. So wurden z.B. die Forderungen der Jugendwerkstatt nach individuelleren Fördermöglichkeiten im Rahmen der BaE-Ausbildung, die seit vielen Jahren mit der regionalen Arbeitsagentur diskutiert worden waren, nun von der ARGE umgesetzt. Der Förderbedarf für jugendliche Hilfeempfänger in der Berufsausbildung wird nun von Amt und Träger individuell diskutiert und festgesetzt, jährlich neu geprüft, und gegebenenfalls erhöht oder abgesenkt. Mit dieser Regelung ist regional ein Durchbruch im langen Ringen um individuelle Förderkonzepte in der Benachteiligtenförderung erreicht. Auch das BQF-Konzept zur effektiveren Gestaltung der Berufsvorbereitung wurde von der ARGE aufgegriffen. Trotz der gegebenen Abhängigkeitsstrukturen hat sich die Kooperationen zwischen Kreis, Arbeitsagentur, ARGE und Jugendberufshilfeträgern im Projektzeitraum ausgesprochen positiv entwickelt.

Auch zur Wirtschaft konnten die Kooperationsbeziehungen im Projektzeitraum verdichtet werden. Mit den Partnerbetrieben im Verbund wurden regelmäßige Treffen durchgeführt. Für die neuen Berufsbilder im Verbund wurden neue Partnerbetriebe gefunden, zu denen ein langfristiger Kontakt aufgebaut wurde. Der Kontakt zu den Handwerksorganisationen wurde so verdichtet, dass die Jugendwerkstatt bei einer Reihe von Kammer- oder Innungsveranstaltungen um Mitwirkung gebeten wurde. So war die Jugendwerkstatt z.B. eingeladen, sich im Ausstellungsraum der Handwerkskammer Kassel für mehrere Wochen mit einer Ausstellung zu präsentieren. Bei der im zweijährlichen Rhythmus stattfindenden großen

nordhessischen Handwerksmesse in den Kasseler Messehallen übernahm die Malerwerkstatt 2005 am Stand der Handwerkskammer die Ansprache von jugendlichen Besucher/innen durch zielgruppenorientierte Aktionen (body-painting). 2006 waren die Malerazubis für eine ähnliche Aktion im Rahmen einer publikumswirksamen Berufsinformationsveranstaltung der Kasseler Innungen angefragt. In einem großen Kasseler Einkaufszentrum war es die Aufgabe der Felsberger Azubis, Schulklassen und andere jugendliche Besucher/innen durch Aktionen für den Malerberuf zu interessieren und über diesen Beruf zu informieren.

Die regionale Vernetzung ist im Projektzeitraum durch die aktive Mitarbeit der Projektmitarbeiter/innen und die Initiativen anderer Organisationen wesentlich vorangekommen. Grenzen zeigten sich allerdings im zu groß angelegten Herangehen. Deutlich wurde auch, dass der innere Impuls zu einer bildungsbereichübergreifenden Vernetzung bei den Akteuren der Region noch wenig entwickelt ist. Am besten funktionierten kleinräumige Vernetzungen in einem überschaubaren Akteurskreis wie z.B. die Vernetzung von Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und Freien Trägern oder die Vernetzung von Bildungsträger und Betrieben oder die Vernetzung der Akteure der Jugendberufshilfe. In einem bildungsbereichübergreifende Vernetzung muss noch viel Entwicklungs- und Überzeugungsarbeit gesteckt werden.

5. Verwertung

Die Projektmitarbeiter/innen hatten bereits 2004 begonnen, die in der Erprobung befindlichen innovativen Lösungsansätze in den drei Handlungsfeldern des Modellvorhabens auf Tagungen, in Datenbanken und Druckerzeugnissen zu verbreiten und damit anderen Anwender/innen zugänglich zu machen. Ebenso wurde bereits 2004 begonnen, aus den ersten Projektergebnissen Schlussfolgerungen zu ziehen, Perspektiven aufzuzeigen und die wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit zu focussieren.

Zwei große Konferenzen, auf denen im Mai 2006 und im Mai 2007 über die Ergebnisse des Felsberger BQF-Projektes informiert und diskutiert wurde, trugen dazu bei, die in dem Projekt erprobten neuen Ansätze einer breiten regionalen und überregionalen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Jeweils etwa 100 Konferenzteilnehmer/innen folgten der Einladung, sich über Projektergebnisse zu informieren und neue Strategien zur Förderung benachteiligter Jugendlicher zu diskutieren. Im Frühjahr 2006 stand das Thema Übergang Schule - Beruf im Mittelpunkt, im Mai 2007 das Thema Ausbildungskooperationen mit Betrieben. Die Teilnehmer/innen konnten im BQF-Programm erprobte Instrumente und Konzepte für Schule und Ausbildung kennen lernen, Arbeitsmaterialien mitnehmen, vorgestellte Schulentwicklungskonzepte diskutieren und sich über die vorgetragenen bildungspolitischen Positionen und Einschätzungen austauschen. In zahlreichen kleineren Fortbildungs- und Beratungsveranstaltungen wurden diese Themen mit ca. 300 Teilnehmer/innen vertieft (36 Lehrerfortbildungen, 5 Bildungsträgerberatungen).

Im Projektbereich Übergang Schule - Beruf hatte sich bereits im ersten Projektjahr gezeigt, dass die Handlungsmöglichkeiten bei den gegebenen personellen

Ressourcen zu gering waren, um nennenswerte Erfolge zu erzielen und das Konzept auf breiterer Ebene zu erproben. Folglich hatten sich die Projektmitarbeiter/innen bemüht, für dieses Handlungsfeld zusätzliche Fördermittel zu akquirieren und damit einerseits die Aktivitäten auszubauen und weiterzuentwickeln und andererseits die Fortführung dieser Aktivitäten über die Projektlaufzeit hinaus sicherzustellen und so ihre nachhaltige Wirkung zu gewährleisten. Zwei Stiftungen und zwei hessische Ministerien konnten für den Ausbau der Aktivitäten in diesem Bereich gewonnen werden. Sie zeigen sich auch langfristig bereit, diese Aktivitäten zu unterstützen, so dass die Konzepte und Kooperationen in diesem Bereich langfristig über das Ende der Projektlaufzeit hinaus fortgeführt werden können.

Die nachgewiesenen, auf Lehrerkonferenzen, Schulleiterdienstversammlungen, Netzwerkkonferenzen und Tagungen vorgestellten Erfolge in der Steigerung von Lern- und Ausbildungsmotivation sowie in der Vermittlung in Ausbildung leisteten einen wichtigen Beitrag, um die Notwendigkeit von Berufs- und Anschlussorientierung sowie von gezielter Förderung von Schüler/innen mit Förderbedarf stärker in den Schulen zu verankern.

Auf regionaler Ebene sind Arbeitsstrukturen entstanden, die in kleineren oder größeren Konferenzen die Arbeit zwischen der Jugendwerkstatt und den kooperierenden Schulen gemeinsam planen lassen, die sogar schon regionale Strukturveränderungen in den Blick nehmen lassen. Das Hessische Kultusministerium und das Staatliche Schulamt unterstützen eine regionale Initiative, die auf die Verbesserung der Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen und auf die Einführung von Übergangsmanager/innen an den Schulen ausgerichtet ist. 12 ausgewählte Pilotschulen erarbeiten im Schuljahr 2007/8 ein Konzept für Übergangmanagement, dessen Einführung in der Folge für alle hessischen Haupt- und Förderschulen geprüft werden soll. Freie Träger, Wirtschaft und Verwaltung stehen den Schulen in einem Beirat beratend zur Seite.

Diese Pilotfunktion der Region wurde möglich durch die intensive Entwicklungs-, Erprobungs- und Transferarbeit des BQF-Projekts und des Projekts RegNets, durch die gelungene Vernetzung und durch den politischen Druck, den die ansässige Großindustrie an dieser Stelle zu entfalten wusste. Auch die Tatsache, dass dieses Projekt-Handlungsfeld von Mitarbeiter/innen des Instituts für Berufspädagogik der Universität Hannover wissenschaftlich begleitet wurde und seine Ergebnisse in der Fachpresse, in universitären Veranstaltungen und auf Tagungen zur Diskussion stellte, trug zu einer gelungenen Rezeption der erprobten Ansätze, zum Transfer in andere Einrichtungen und zu einer regional wie überregional nachhaltigen Wirksamkeit des Modellvorhabens bei.⁵

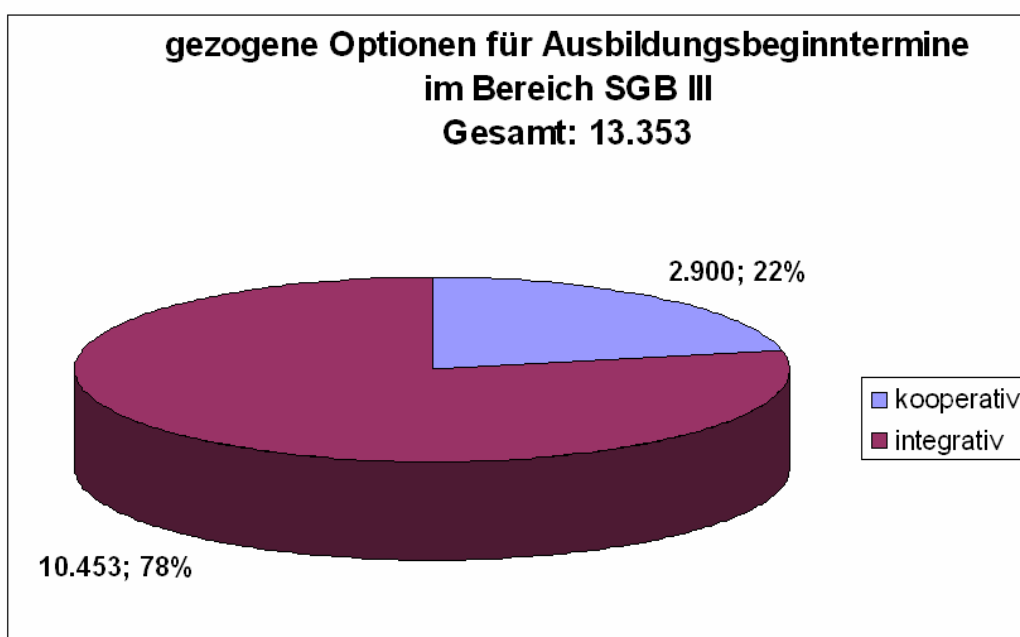
Dem Handlungsfeld Effektivierung der Berufsvorbereitung konnte keine ähnlich große Resonanz gelingen. Zum einen trifft diese Thematik nur eine Teilgruppe der Jugendlichen in der Berufsvorbereitung und ist durch den Rückgang der Schülerzahlen und die einsetzende Entschärfung der Ausbildungsmisere in ihrer gesellschaftlichen Relevanz begrenzt. Zum anderen waren die im Projekt

⁵ Seminar von Jörg Meier zum Thema „Berufswahl und Berufsorientierung“ im Sommersemester 2007 in der Berufspädagogenausbildung der Universität Hannover, Cortina Gentner, Angelika Horstkotte-Pausch, Jörg Meier, Wie Übergänge von Schule in Ausbildung und Beschäftigung gelingen können: Das Beispiel „ServA“ der Jugendwerkstatt Felsberg, in: Jugend Beruf Gesellschaft, 2/2007; Jörg Meier, ServA – die Servicestelle Ausbildung der Jugendwerkstatt Felsberg e.V., sozial extra online 8/2007

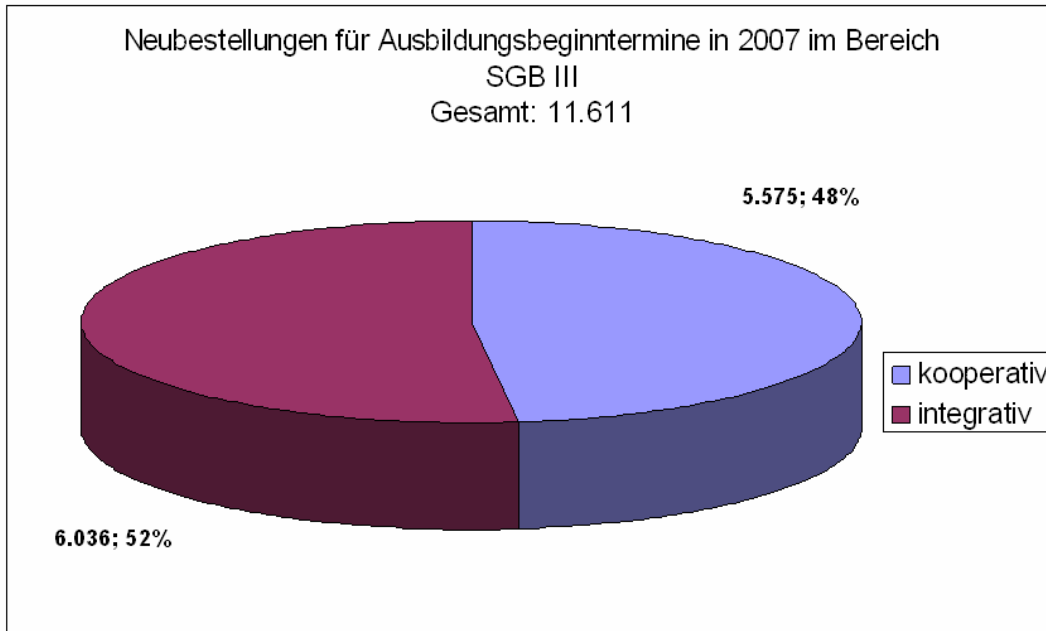
eingeschlagenen Wege noch zu außergewöhnlich, berührten rechtlich hochsensible Themen, so dass es wohl gelang, auf regionaler Ebene zu Grenzüberschreitungen zu kommen, eine überregionale Aufmerksamkeit und Bedeutung konnte aber aufgrund der Vereinbarung zur Nichtöffentlichkeit nicht angezielt werden. Regional haben sich dennoch nachhaltige Wirkungen ergeben dadurch, dass die ARGE das Konzept mit großem Interesse verfolgt und in die eigene regionale Förderpolitik integrierte. Die volle Anrechnung eines in der Berufsvorbereitung erworbenen Ausbildungsbausteins "erstes Ausbildungsjahr" bedeutet für die ARGE Kostenersparnis, für die jugendlichen Hilfeempfänger bedeutet diese Möglichkeit die Steigerung von Motivation. Perspektivplanung mit klaren Kontrollen bedeutet motivierendere Rahmenbedingungen als die übliche Aneinanderreihung von Kurzzeitmaßnahmen. Über die Zusammenarbeit und den Austausch der ARGEN ist für dieses Modell unter Umständen also eine weitere Verbreitung durchaus noch möglich.

Die größte überregionale Beachtung fand das Projekt im dritten Handlungsfeld, der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen in Kooperation von Bildungsträgern und Betrieben. Trotz der oben beschriebenen Veränderungen der Rahmenbedingungen, die für den Modellansatz absolut kontraproduktiv waren, wächst das Interesse bei Trägern wie bei Förderinstitutionen an der stärkeren Einbeziehung von Betrieben in die Benachteiligtenförderung. Für die einen geht es dabei um die in außerbetrieblicher Simulation nicht herzustellende Realitätsnähe der Ausbildung, also um Aspekte der qualitativen Verbesserung. Für die anderen geht es auch, und vielleicht vorrangig, um Strategien der Kostensenkung. So ist der Anteil der kooperativen BaE im Verhältnis zur integrativen BaE von der Bundesagentur für Arbeit in den letzten Jahren deutlich erhöht worden.

Anteile kooperativer zu integrativer BaE (nur SGB III)



Anteile kooperativer zu integrativer BaE (nur SGB III)



15

Quelle: Vorträge von BA-Mitarbeiter/innen bei BQF-Transferveranstaltungen am 8.5. und 24.5.2007

Das Felsberger Verbundmodell ist kein Modell der klassischen kooperativen Ausbildung. Es ist vielmehr ein Modell des sukzessiven Übergangs aus integrativer BaE in begleitete betriebliche Ausbildung. Für Träger wie für Förderinstitutionen ist das Modell insbesondere deswegen interessant, weil es nicht nur für die leistungsstärkeren, sondern gerade auch für die Jugendlichen mit einem größerem Förderbedarf geeignet ist. Die BQF-Modellphase diente der Weiterentwicklung und Übertragung des Modellansatzes. Der Ansatz ist aber so konzipiert, dass er auch unter Bedingungen der existierenden Regelförderung realisierbar ist. Ausbildungsverhältnisse, die von der Bundesagentur für Arbeit, der ARGE und dem Land Hessen gefördert werden, werden in der Jugendwerkstatt Felsberg auch nach Beendigung der Modellphase nach dieser Verbundkonzeption geführt. Die Nachhaltigkeit des Projektes ist im Rahmen der Trägerarbeit in jedem Falle gegeben.

Regional wie überregional wurden in den letzten Jahren zahlreiche Transferaktivitäten betrieben. In etlichen Veröffentlichungen wurde über diesen Ansatz berichtet.⁶ Natürlich ging dieses Konzept auch ein in die bildungspolitischen

⁶ s. u. a.

Gericke, T.: Duale Ausbildung für Benachteiligte. Eine Untersuchung zur Kooperation von Jugendsozialarbeit und Betrieben. DJI-Verlag. München 2003, 144 Seiten

Gericke, T.: Projekte der Jugendberufshilfe als professionelle Dienstleister für Jugendliche und Betriebe. In: Thomas Gericke u.a. (Hrsg.): Jugendliche fördern und fordern. DJI-Verlag. München 2002, S.126-135

Gericke, T.: Der Betrieb als Ausbildungsort für Jugendliche mit schlechten Startchancen. In: Bonnifer-Dörr, G. / Vock, R. (Hrsg.): Berufliche Integration junger Menschen mit besonderem Förderbedarf. Hiba-Verlag. Darmstadt 2003, S. 137-150

Gericke, T.: Die betriebliche Berufsausbildung Benachteiligter. In: direkt. Fördern und Qualifizieren Nr. 15/2002. Hrsg. von der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg 2002, S. 28-29

Empfehlungen, die von den Arbeitsgruppen der Entwicklungsplattformen im BQF-Programm erarbeitet wurden.

So war es nicht überraschend, dass das Vorhaben für die Transferphase des BQF-Programms ausgewählt wurde. Ab der Jahresmitte 2006 wurde daher an Transferkonzepten für das Projekt gearbeitet. In diesem Prozess wurden andere relevante BQF-Vorhaben aus der AG drei der Entwicklungsplattform eins – passage gGmbH und HWK Potsdam - einbezogen. Gemeinsam wurde an einer Broschüre gearbeitet, die die Erfahrungen der drei BQF-Projekte aufbereitete in einer praxisorientierten Handreichung für Ausbilder/innen, Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen anderer Bildungseinrichtungen. Ziel war die Werbung für den kooperativen Ausbildungsansatz und die Qualifizierung der Mitarbeiter/innen anderer Träger für diese neue Form der Ausbildungsorganisation. Gemeinsam mit passage gGmbH aus Hamburg wurde eine Serie von drei Kurzfilmen produziert, die die beiden verschiedenen Modelle der Ausbildungskooperation sowie einen Film über die Sicht der Betriebe ins Bild setzten. Diese Filme wurden der Broschüre als DVD beigelegt. Ebenfalls beigelegt wurde eine CD mit Arbeitsmaterialien aus der Projektarbeit der drei BQF-Projekte, die interessierten Nachfolgerprojekten als Arbeitshilfe zur Verfügung gestellt werden sollten. Filme und Broschüren fanden bei Tagungen und durch die Besprechung in Fachzeitschriften⁷ eine so große Resonanz, das innerhalb weniger Wochen 3000 Exemplare vergriffen waren und gegen Projektende noch ein Nachdruck veranlasst werden musste.

Als weniger erfolgreich erwies sich der Plan, den Transfer in die Wirtschaft mittels Fortbildung von Dozenten in der Meisterausbildung der Handwerkskammern zu gewährleisten. Gespräche mit der Zentralstelle für Weiterbildung im Handwerk und Mitarbeitern des Lehrstuhls für Fortbildung im Handwerk an der Universität Köln rieten dazu, diese ursprüngliche Projektplanung für die Transferphase gar nicht erst weiterzuverfolgen. Ohne die genannten und eingeführten Kooperationspartner wäre der Zugang zu den bundesdeutschen Handwerkskammern wenig aussichtsreich gewesen. Als Alternative bot die ZWH an, das Transferthema der Ausbildungskooperation von Bildungsträgern und Betrieben mit einzubringen in die von ZWH/ZDH veranstalteten Transfertagungen zum Thema "Qualifizierungsbausteine in der Berufsvorbereitung". Die in Kooperation mit den Handwerkskammern Hamburg, Magdeburg und Würzburg geplanten Veranstaltungen zeigten auf, wie schwer diese Themen im Bereich der Wirtschaft zu platzieren sind.

Ein anderer Weg des Transfers in die Wirtschaft wurde mit der Veröffentlichung eines Artikels zum Felsberger Verbundmodell in der Kölner Zeitschrift für Wirtschaft und Pädagogik besprochen.⁸

Gericke, T.: Kooperation zwischen Jugendsozialarbeit und Betrieb. In: Fülbiel, P. / Münchmeier, R. (Hrsg.): Handbuch Jugendsozialarbeit. Bd. 1. Münster 2001, S. 659–670

Horstkotte-Pausch, Angelika, Stahmer, Ina, Neue Ausbildungsmodelle für benachteiligte Jugendliche. Ausbildung im Verbund. In: Berufsbildung, Heft 62/2000, S. 41 – 43

Ina Stahmer, Christof Räuschel, „Ausbildung im Verbund – Erfahrungen austauschen und für die Praxis nutzen“, hiba Band Transfer III - 2001: „Ausbildung in Kooperation - Übergänge in die betriebliche Ausbildung ermöglichen“

Hildegard Zimmermann, Kooperative Berufsausbildung in der Benachteiligtenförderung, BiBB 2004

⁷ Gericke, Thomas, in: Jugend Beruf Gesellschaft 2/2007, S. 194ff

⁸ Horstkotte-Pausch, Angelika, Ausbildung in Kooperation von Bildungsträger und Betrieben, in: Kölner Zeitschrift für Wirtschaft und Pädagogik (2007), H. 41, S. 71-92

Große Resonanz fanden auch die in der Transferphase durchgeführten Tagungen. Für zwei Tagungen in Caputh bei Potsdam und in Fritzlar, in der Nähe von Kassel, gingen weit über 200 Anmeldungen ein, die aus Platzgründen nicht alle berücksichtigt werden konnten. Ebenso erfolgreich war die gemeinsame Transferveranstaltung aller in der Transferplattform eins zusammengefassten Projekte in der Godesberger Stadthalle. Gemeinsam mit anderen Projekten, die ihren je eigenen Ansatz der Zusammenarbeit mit Betrieben vorstellten, wurde auch das Felsberger Verbundmodell präsentiert und zur Diskussion gestellt. Das Interesse anderer Träger an diesem Modell war ebenso groß wie das Interesse von Förderinstitutionen wie Optionskommunen, ARGEN oder der Bundesagentur für Arbeit. Eine Einladung der Bundesagentur für Arbeit zur Diskussion neu im SGB III zu verankernder Förderinstrumente für die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Betrieben (externes Ausbildungsmanagement) bestätigt dieses Interesse der Bundesagentur in Nürnberg.

Trotz einiger Probleme in der Zusammenarbeit mit dem BIBB kann die Transferphase des Projekts als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Umso verwunderlicher war die Tatsache, dass - nach dem so hohen Stellenwert des Themas in den Programmleitlinien und nach dem so erfolgreichen Workshop zum Thema Ausbildungskooperation mit Betrieben bei der BQF-Abschlussstagung im November 2006 in Berlin - das Thema Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Betrieben beim Abschluss der Transferphase im August 2008 nicht mehr als zentrales Thema aufgerufen und auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die abschließende Podiumsdiskussion, in der die wichtigsten strukturelevanten BQF-Linien dargestellt, bewertet und perspektivisch diskutiert wurden, beschäftigte sich mit feldimmanenten Strukturfragen. Der Blick auf die Wirtschaft wurde vermieden. Für die Weiterentwicklung der Benachteiligtenförderung bedeutet der Rückzug auf die Selbstbetrachtung einen Rückschritt, denn die Zusammenarbeit mit Betrieben bleibt schon wegen der Probleme an der zweiten Schwelle eines der Schlüsselthemen für gelingende Integration.

6. Informationsmöglichkeiten für Nutzer

Internet :

www.gpc.de

www.jugendwerkstatt-felsberg.de

Filme zum Thema Ausbildungskooperation:

1. Stärke entwickeln im Verbund,
2. Betrieblich ausbilden – extern fördern,
3. Viele Vorteile für Betriebe,

Felsberg 2007

Fachpresse:

Horstkotte-Pausch, Angelika, Meier, Jörg, Gemeinsam mit Betrieben ausbilden.

Praktische Tipps für die Ausbildungskooperation, Felsberg 2007

Gentner, Cortina, Horstkotte-Pausch, Angelika, Meier, Jörg, Wie Übergänge von Schule in Ausbildung und Beschäftigung gelingen können: Das Beispiel ServA der Jugendwerkstatt Felsberg, in: Jugend Beruf Gesellschaft 2/2007

Horstkotte-Pausch, Angelika, Ausbildung in Kooperation von Bildungsträgern und Betrieben, in: Kölner Zeitschrift für Wirtschaft und Pädagogik, Köln 2007, Heft 41

7. Einhaltung der Ausgaben- und Zeitplanung

Der Zeitplan wurde eingehalten.

Bei der Einhaltung des Ausgabenplans gab es unvorhersehbare Probleme. Mit dem BIBB war im Laufe der Transferphase, Januar 2007, die gemeinsame Herausgabe einer Broschüre verabredet worden, die aufgrund dieser Kooperation in höherer Auflage und aufwändigerer Gestaltung erfolgen sollte als in der ursprünglichen Planung vorgesehen. Uneinigkeit über die Details der Herausgeberschaft führten dann dazu, dass die Jugendwerkstatt die Broschüre allein herausgab. Leistungen für Gestaltung und CD/DVD-Herstellung waren bereits erbracht, Drucktermine vereinbart, als die Differenzen aufbrachen. Der Jugendwerkstatt fielen damit nicht geplante Kosten in Höhe von etwa 20.000 € zu, die nur mit großer Mühe aufgefangen und z.T. auf Dritte verteilt werden konnten. Als die Broschüre später dann in nur wenigen Monaten vergriffen war, musste eine Aufstockung der Fördermittel für einen Nachdruck beantragt werden.